

GewerkschafterInnen und Antifas gemeinsam gegen die Bundeswehr und ihre Kumpane in den Gewerkschaften!

Dokumente und Materialien

I. Die DGB-Führung steht fest an der Seite der Bundeswehr



DGB-Sommer mit zwei Generälen

II. Contra DGB-Führung: Proteste gegen deutsche Kriegspolitik und Militarisierung



Protestaktion am 1. September 2009 in Hannover

Zusammengestellt von:

GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion

Mai 2012

2 Euro

Bilder auf der Titelseite

1. Bild:

Protestaktion am 1. September 2009 in Hannover. Als der DGB den Antikriegstag in Kooperation mit der Stadt Hannover veranstaltete, waren in Hannovers Rathaus Transparente und Flugblattverteiler verboten. Hannovers Bürgermeister begrüßte auch zwei hohe Offiziere der 1. Panzerdivision, der „Patenschaftsdivision“ der Stadt Hannover, als angebliche Kämpfer für den Frieden. Dagegen wurden Transparente entfalteter, hunderte Schnippsel mit antimilitaristischen Parolen und einige Flyer regneten auf die Anwesenden.

2. Bild:

DGB-Chef Sommer am 8.3.2011 in der Bundeswehr-Hochschule „im Gespräch“ mit zwei Generälen der Bundeswehr

Inhalt

Vorbemerkung	S.3
I. Die DGB-Führung steht fest an der Seite der Bundeswehr	S.6
DGB-Unterstützung für deutsche Kriegspolitik: Das „Ja“ des DGB-Bundesvorstands zum Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999	S.7
Militaristische Propaganda des DGB - DGB-Sommer: „Gewerkschaften haben ihre Frieden mit der Bundeswehr gemacht!“	S.8
Militaristische Propaganda der IG Metall für Bundeswehr-Aufrüstung	S.9
Militaristische Propaganda der IG Metall-Führung: „Wir fordern: Bundeswehraufträge...“	S.10
Die Verfasser der militaristischen IG Metall-Broschüre verteidigen ihre reaktionären Positionen	S.13
Militaristische ver.di-Propaganda: „Die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft bekennt sich zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr“	S.14
Militaristische ver.di-Propaganda: „Die Bundeswehr ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft... Es ist für ver.di selbstverständlich, dass für den Eintritt in die Bundeswehr auch geworben wird.“ (Bsirske)	S.15
Militaristische ver.di-Propaganda: „ver.di und Bundeswehr – das geht doch!“	S.16
„Bundeswehrkameraden“ und die ver.di-Führung: Wie sich die militaristischen Töne gleichen	S.17
Militaristische ver.di-Propaganda für die deutsche Kriegsmarine	S.18
II. Proteste gegen deutsche Kriegspolitik und Militarisierung	S.19
Was will die Bundeswehr im Krankenhaus?	S.20
Solidarität mit den kriminalisierten Kölner AntimilitaristInnen	S.22
Redebeitrag der ver.di Jugend München bei der Kundgebung gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 2009	S.23
Bericht der „Frankfurter Rundschau“ über die Proteste gegen das Bundeswehr-Gelöbnis im Juli 2009 in München	S.25
Protest gegen die Bundeswehr beim Antikriegstag 2009 in Hannover	S.26
Proteste gegen die Bundeswehr auf dem Hessentag 2011	S.27
Die Proteste gegen die Bundeswehr-Werbung auf dem Hessenpark 2011 im Spiegel der bürgerlichen Presse	S.29
Offener Brief von ver.di Mitgliedern an Bsirske	S.30
Protest gegen Militarisierung von Schulen und Hochschulen	S.32
Auseinandersetzungen in der GEW über die Bundeswehr in den Schulen	S.33
Entlarvung der militaristischen IG Metall-Broschüre	S.35
Zwei diametral entgegengesetzte „gewerkschaftliche Traditionen“	S.37
Anhang:	
Kampf gegen die Bundeswehr „kein Thema“?! (Flugblatt Nr. 13 der Gewantifa)	S.39

Vorbemerkung

GewerkschafterInnen, Antifas und antimilitaristische Initiativen stehen gemeinsam vor einer massiven Herausforderung: Die deutsche Kriegspolitik und Militarisierung werden immer stärker forciert.

■ Seit Mitte der 90er Jahre führt die Bundeswehr Kriege (gegen Ex-Jugoslawien, Afghanistan). Dabei geht es um imperiale deutsche Interessen, Rohstoffe, Absatzmärkte, Handelswege... Weit über 300.000 Bundeswehr-Angehörige wurden seit Beginn der 1990er Jahre ins Ausland entsandt. Gegenwärtig befindet sich die Bundeswehr auf drei Kontinenten in zwölf Kriegseinsätzen mit über 7.000 Soldaten im Einsatz. In Afghanistan und in Kosovo ist die Bundeswehr seit Jahren Besatzungsarmee. In Kundus hat die Bundeswehr am 4. September 2009 ein Massaker mit über 100 Ermordeten veranlasst.

■ Der Bundeswehr-Einsatz nach innen ist fest verankert und wird ebenfalls forciert: Die Bundeswehr soll eingesetzt werden, wenn es zum „Notstand“ für die Herrschenden kommt. Ganz offiziell wird die Niederschlagung von Streiks der ArbeiterInnen und anderer Proteste trainiert. Beim G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm oder beim NATO-Gipfel in Baden-Baden 2009 kam bereits die Bundeswehr nach innen zum Einsatz.

■ 2011 haben die deutschen Rüstungsexporte gegenüber dem Vorjahr um 50% zugenommen (auf über 2 Mrd. Euro), davon allein 400 Mio. nach Griechenland. Deutschland ist weltweit auf Platz 3 der Rüstungsexporteure.

■ Damit einher geht die umfassende Militarisierung nach innen. Unter den Schlagworten der „vernetzten Sicherheit“, der „Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit“, des „Heimatschutzes“, von „Partnerschaften“ mit Betrieben, Kommunen und Bildungseinrichtungen drängt die Bundeswehr in alle gesellschaftlichen Bereiche. Zugleich betreibt die Bundeswehr eine enorme Propaganda-Offensive in den Arbeitsämtern, den Schulen und Hochschulen, um Soldaten zu rekrutieren. Öffentlichkeitswirksame Auftritte werden veranstaltet, bei denen auch Kinder schon mal mit Kriegsgerät „spielen“ dürfen.

Proteste gegen deutsche Kriegspolitik und Militarisierung

Es gibt Proteste und Aktionen gegen die Bundeswehr, an denen sich auch GewerkschafterInnen und Antifas beteiligen: Gegen den Nato-Gipfel 2009 in Baden-Baden, gegen die „Sicherheitskonferenz“ in München, gegen Gelöbnisse und Bundeswehr-Werbung in Arbeitsämtern, Schulen und Hochschulen („Bundeswehr wegtreten“), gegen Rüstungsexporte, gegen das Bundeswehr-„Sommer-Biwak“ in Hannover usw. Wiederholt wurde auch bekannt, dass Bundeswehr-Einrichtungen angegriffen wurden.

Tatsache ist jedoch auch: Die berechtigten Proteste sind schwach. Vor allem gibt es auch kaum Widerstand aus den Betrieben und in den Betrieben. Das hängt sehr eng mit der Rolle der DGB-Gewerkschaften zusammen.

Gemäß der „Beschlusslage“ scheint es vielen so, dass die DGB-Gewerkschaften im Großen und Ganzen gegen Kriegspolitik und Militarismus stehen. Doch die genauere Betrachtung bringt anderes zum Vorschein.

Die DGB-Führung steht fest an der Seite der Bundeswehr

Die nachfolgenden Beispiele zeigen: Es stellen sich keineswegs „die“ DGB-Gewerkschaften gegen Kriegspolitik und Militarisierung. In Wirklichkeit gibt es einen tiefen Gegensatz zwischen der DGB-Führung und ihrem bürokratischen Apparat und GewerkschafterInnen, die sich antimilitaristisch engagieren.

• DGB-Chef Sommer: „Gewerkschaften haben ihren Frieden mit der Bundeswehr gemacht“

In einer Rede am 8. März 2011 an der Bundeswehr-Universität in Hamburg bekräftigte DGB-Chef Sommer das Bekenntnis der DGB-Führung zur Bundeswehr. Früher, so Sommer, war für die Arbeiterbewegung klar, dass das Militär ein „Instrument der Unterdrückung“ gewesen sei. Heute hätten die Gewerkschaften „ihren Frieden mit der Bundeswehr gemacht“. Sommer präsentierte zugleich seine Vorschläge für die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr, z. B. zur Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zwischen Kreisstellen der Gewerkschaften und Dienststellen. Ebenso befürwortete Sommer die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundeswehrverband. (siehe www.hsu-hh.de 11.3.2011)

Nicht vergessen: Das „Ja“ des DGB-Bundesvorstands zum Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999

Nachdem es zuvor schon verschiedene Militäreinsätze der Bundeswehr in anderen Ländern gegeben hat, ließ der deutsche Staat beim Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999 zum ersten Mal seit 1945 wieder seine Soldaten morden. Fest an seiner Seite stand die DGB-Führung, die ihr „Ja“ zum Krieg gegen Ex-Ju-

goslawien verkündete. Nachdem die verlogene Kriegspropaganda der deutschen Regierung nachgeplappert wurde, heißt es in der Erklärung des DGB-Bundesvorstands vom 6. April 1999:

„Vor diesem Hintergrund hat der DGB den vom Deutschen Bundestag gefassten Beschluss respektiert, die NATO dabei zu unterstützen, durch den Einsatz von Streitkräften Verhandlungsergebnisse zu erzwingen.“ (Zitiert nach „Ossietzky“ Nr. 11/2009)

Dieses „Ja“ der DGB-Führung zum deutschen Aggressionskrieg gegen Ex-Jugoslawien ist unserer Meinung nach damals und auch später viel zu wenig beachtet, entlarvt und angegriffen worden.

• **ver.di: „... bekennt sich zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr“**

In den letzten drei Jahren sind vor allem die folgenden zwei Beispiele hervorstechend:

- An dem berechtigten Protest „Kein Werben fürs Sterben“ auf dem „Hessentag“ 2011 beteiligten sich am 13.06. und am 18.06.2011 u. a. auch die DGB-Jugend Hessen, die GEW-StudentInnengruppe Frankfurt und ver.di Fachbereich 5 Bezirk Frankfurt. Auch in dem Organ von ver.di in Hessen „ver.di mainletter“ 02-2011 wurde zu den Protesten aufgerufen.

Dagegen gab es sogleich einen Aufschrei der „Bundeswehrkameraden“ des Deutschen Bundeswehrverbands. Die ver.di-Führung verurteilte umgehend den Artikel sowie die Teilnahme von ver.di-Mitgliedern an den Protesten.

Ver.di-Chef Bsirske versicherte: *„Es ist für ver.di selbstverständlich, dass für den Eintritt in die Bundeswehr auch geworben wird.“* (ver.di Bund und Länder Newsletter 02/2011)

In der offiziellen Stellungnahme der „ver.di Landesfachgruppe Bundeswehr“ heißt es unter der Überschrift „ver.di und Bundeswehr – das geht doch!“:

„Wer die Bundeswehr wie die Hessische ver.di Gliederung des FB 5 beseitigt wissen will, will eine andere Gesellschaftsform als die freiheitlich demokratische Grundordnung, für die die Bundeswehr als Ganzes steht.“ (ver.di mainletter Nr. 3/11, S.4)

- Als sich ver.di-München im Juli 2009 an Protesten gegen ein Bundeswehr-Gelöbnis in München beteiligte, distanzierte sich die ver.di-Führung umgehend. Die „Bundesfachgruppe Bundeswehr – Bund und Länder von ver.di“ schrieb:

„Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft bekennt sich zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr.“

• **IG Metall-Führung für Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte**

Eine vom Vorstand der IG Metall in Auftrag gegebene Studie propagiert, dass die deutsche Kriegsschiffproduktion erhalten und ausgebaut werden soll. Die IG Metall bekennt sich darin zum „Umbau“ der Bundeswehr zur global operierenden Interventions- und Besatzungsarmee und fordert eine drastische Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte. In Anlehnung an die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ des deutschen Staates spricht sich die Studie dafür aus, die „Einsatzfähigkeit“ der Kriegsmarine gegen die „Bedrohung des freien Warenverkehrs“ rüstungspolitisch sicher zu stellen. Gefordert wird ebenso die „Exportfähigkeit“ deutscher Waffen zu gewährleisten. Das geschieht unter dem Vorwand der Arbeitsplatzsicherung. Damit propagiert die IG Metall-Führung, dass die ArbeiterInnen die imperialistische Expansion ihrer „eigenen“ Ausbeuter unterstützen sollten, dass sie mit diesen in einem Boot sitzen würden. Das ist faktisch „Volksgemeinschafts“-Ideologie.

Nachdem diese Studie bekannt gemacht worden ist, hat es innerhalb und außerhalb der IG Metall Proteste gegeben. An der Position der IG Metall-Führung hat das nichts geändert. Die Proteste wurden mit üblen Beschimpfungen der Kritiker abgeschmettert.

Zwei diametral entgegen gesetzte „gewerkschaftliche Traditionen“

Zu Recht schreibt der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin in seiner Stellungnahme gegen die Unterstützung der deutschen Rüstungspolitik durch die IG Metall-Führung:

„Der Blick in die Geschichte zeigt, dass es immer zwei gewerkschaftliche Traditionen gegeben hat. Die eine unterstützte Krieg und Rüstung. Noch im 1. Weltkrieg hielt diese Richtung dem Kaiser die Treue, bis er dann das Weite suchte. Die Gegentradition wurde durch den internationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung begründet. Dafür stehen Namen wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.“

Allerdings macht es keinen Sinn, wenn der Arbeitskreis Internationalismus im Anschluss daran an die Führung der IG Metall appelliert, diese mögen sich doch bitte auf die richtige Tradition besinnen und „sorgfältiger darauf achten, dass diese Orientierung nicht in Zweifel gezogen werden kann.“ Die zwei entgegen ge-

setzten gewerkschaftlichen Traditionen und Orientierungen gibt es auch heute. Die in der nachfolgenden Dokumentation angeführten Beispiele zeigen, in **welcher** Tradition die DGB-Führung steht.

In dem Zusammenhang ist auch daran zu erinnern: Bereits zu Beginn der 50er Jahre unterstützte die DGB-Führung mal mehr, mal weniger unverblümt für die „Wiederbewaffnung“ Westdeutschlands ausgesprochen. Am 21.11.1950 veröffentlichte der DGB-Bundesvorstand eine „sicherheitspolitische Erklärung“. Darin erklärte dieser, „*dass eine Verteidigung der westlichen Kultur und der persönlichen Freiheit auch an Deutschland Anforderungen stellt, denen sich das deutsche Volk nicht verschließen*“ dürfte (Die Quelle 1/1950). Mit der Vorbereitung für den Aufbau der Bundeswehr wurde übrigens an führender Stelle ein DGB-Gewerkschaftsführer betraut. Theodor Blank, nach dem das „Amt Blank“ benannt wurde, war ein Vertreter der IG Bergbau und Mitglied des DGB-Bundesausschusses. In den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ wird dies ausdrücklich begrüßt: „*Die Betrauung des Sicherheitsamtes mit einem Gewerkschafter deutet in dieser Hinsicht in die richtige Richtung. Die Überzeugung bricht sich vielfach Bahn, dass die Aufstellung von Polizei und Heer eine Aufgabe ist, die gegebenenfalls die Mitwirkung aller freien Verbände verlangt und dass nicht zuletzt die Gewerkschaften in einem solch ernsten Augenblick der deutschen Geschichte eine wesentliche Rolle zu erfüllen hätten.*“ („Sicherheit, Soldaten, soziale Frage“, Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 11/1950, S.553)

*

Fakt ist: Es geht nicht nur um einzelne Verfehlungen, sondern um die fest verankerte Einbindung der DGB-Gewerkschaften in die imperialistische Kriegspolitik und Militarisierung, ja in die Verteidigung des Kapitalismus und der Bundeswehr als seiner Stütze. Wenn wir den antimilitaristischen Kampf konsequent verstärken wollen, dann darf diese bewiesene Rolle der DGB-Führung und ihres Anhangs im „Netzwerk“ der zunehmenden Militarisierung keinesfalls ausgeklammert oder in Schutz genommen werden. Ohne der Gewerkschaftsführung irgendetwas zu schenken, dürfen wir uns dabei auch nicht von verschwommenen „Antikriegs“-Resolutionen auf Gewerkschaftstagen einlullen lassen.

Die Rote Aktion Kornstraße hat in ihrem Flugblatt „Heldengedenken am 1. Mai?“ die Bedeutung betont,

„dass sich in Zukunft GewerkschafterInnen wieder stärker gegen Krieg und Militarisierung engagieren; in den Gewerkschaften selbst, aber auch außerhalb.“

Das gilt unserer Meinung nach auch für Antifas. In der Tat geht es um die Entwicklung eines **gemeinsamen** Kampfes von GewerkschafterInnen, Antifas und antimilitaristischen Initiativen gegen Kriegspolitik und Militarismus, der wirklich in der antimilitaristischen Tradition von Rosa und Karl steht.

Machen wir den Kampf gegen die Bundeswehr und gegen den deutschen Militarismus unbedingt zum Thema, in den Betrieben, Hochschulen und Schulen, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, in Erwerbslosen-Initiativen und in Antifa-Gruppen.

Konkrete antimilitaristische Aufklärung und kämpferische Aktionen gegen die Bundeswehr sind dringend nötig.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Karl Liebknecht über kapitalistischen Militarismus und Armee

„Der kapitalistische Militarismus ist, soweit er sich nach außen richtet, in erster Linie eine Waffe im internationalen Konkurrenzkampf, einmal um die Absatzmärkte, sodann um die Gebiete mit besonders günstigen natürlichen Produktionsbedingungen und mit besonders wertvollen, für die kapitalistische Produktion geeigneten Naturschätzen und Arbeitskräften, und damit ein Werkzeug zur Ausraubung der Völker (...) Auch die Bedeutung des inneren Militarismus nimmt mit der Fortentwicklung des Kapitalismus schnell zu. (...) Kirche und Schule, Wissenschaft und Kunst werden von den herrschenden Klassen in den Dienst gestellt, um im Proletariat nach Kräften denjenigen Geist, diejenige Gesinnung zu sichern und zu erzeugen, die ihnen im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft wünschenswert erscheinen. Die Klassenjustiz dient als Gewaltmittel zum gleichen Zweck der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. Polizei und Gendarmerie sind Spezialtruppen mit derselben Aufgabe. Das letzte und stärkste Gewaltmittel jedoch ist die Armee; sowohl in den wirtschaftlichen wie in den politischen Kämpfen gegen das Proletariat wird sie als Ultima ratio in täglich stärkerem Maße zur Verwendung gebracht, und zwar in Ländern mit freiheitlicher Verfassung nicht minder als in konstitutionellen Monarchien und in Despotien.“

(Karl Liebknecht, Der Militarismus, Thesen, Zweite Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen Kopenhagen 4. und 5. September 1910, Gesammelte Reden und Schriften, Band III, S- 469-475)

Dokumente und Materialien

I.

**Die DGB-Führung steht fest
an der Seite der Bundeswehr**

DGB-Unterstützung für deutsche Kriegspolitik: Das „Ja“ des DGB-Vorstands zum Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999

Auszüge aus:

Rolf Becker, Gewerkschaften im Krieg

... Folgen eines Krieges, an dem sich die Bundesrepublik Deutschland nur mit Zustimmung der Gewerkschaften beteiligen konnte. Bereits einen Tag vor Beginn des 78tägigen Bombardements formulierte der damalige DGB-Vorsitzende Dieter Schulte, ohne das Mandat der Mitglieder einzuholen, aber in ihrem Namen, sein Ja zum Krieg. Die Proteste dagegen blieben marginal und damit ohne Konsequenzen, auch wenn der Widerspruch bis in die Führungsetagen reichte, beispielsweise zu Detlef Hensche, dem Vorsitzenden der IG Medien, und Horst Schmitthener, Vorstandsmitglied der IG Metall. Zwei Wochen nach dem Ja des DGB-Vorsitzenden, am 6. April 1999, segnete der DGB-Bundesvorstand dessen Erklärung ab (und übernahm darin lauter falsche Behauptungen der Bundesregierung):

„Bislang sind alle Versuche gescheitert, die serbische Staatsführung auf dem Verhandlungsweg zum Einlenken zu bewegen. Stattdessen hat sie schon während den Verhandlungen in Rambouillet das Morden und die Vertreibung ganzen Volksgruppen im Kosovo fortgesetzt. Den DGB verurteilt nach wie von mit aller Schärfe die ethnischen Säuberungen und die Massenmorde im Kosovo. Von diesem Hintergrund hat der DGB den vom Deutschen Bundestag gefassten Beschluss respektiert, die NATO dabei zu unterstützen, durch den Einsatz von Streitkräften Verhandlungsergebnisse zu erzwingen.“

Die mehrjährige Vorarbeit der Medien, die das antiserbische Feindbild der beiden Weltkriege erneut propagierten, zeigte Wirkung nicht nur unter den Gewerkschaftsmitgliedern, sondern bis weit hinein in linke Parteien und Gruppierungen. ...

Die Praxis des DGB steht im Widerspruch zu seinen selbst proklamierten Grundsätzen: *„Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz: Das sind für den DGB und die Gewerkschaften die Grundsätze für eine friedliche und soziale Zukunft – in Europa und weltweit. Diese Grundsätze sind für uns im 21. Jahrhundert die Basis, um soziale Gegensätze und Konflikte auszugleichen.“* Den Widerspruch aufheben können nur wir als Mitglieder der Gewerkschaften. Voraussetzung ist die offene Diskussion der satzungswidrigen Zustimmung zum Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Wir fragen gezielt die Redakteurinnen und Redakteure der Gewerkschaftszeitungen: Getraut Ihn Euch jetzt, zehn Jahre nach dem Krieg, endlich die Wahrheit über diesen völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Krieg und seine verheerenden Folgen zu veröffentlichen? Getraut Ihr Euch, in den Gewerkschaften eine Diskussion über die gemeinsame Verantwortung in Gang zu setzen? Das Ja des DGB zum Krieg 1999 war nach den Bewilligung der Kriegskredite 1914 das zweite Ja zum Krieg in den Geschichte deutscher Gewerkschaften. Ein drittes darf es nicht geben.

(Erschienen in Ossietzky 11/2009)

Militaristische Propaganda des DGB – DGB-Chef Sommer: „Gewerkschaften haben ihren Frieden mit der Bundeswehr gemacht“

Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg

11. MÄRZ 2011 / VORTRAG DES DGB-CHEF MICHAEL SOMMER AN DER HSU

DGB-CHEF MICHAEL SOMMER: EINE DEBATTE ÜBER DIE ROLLE DER BUNDESWEHR ANSTOSSEN



Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer hielt am 08. März 2011 an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg einen Vortrag zum Thema „Die Gewerkschaften und ihr Verhältnis zur Bundeswehr“.



DGB-Chef Michael Sommer

Arbeiterbewegung und der Unterdrückung“.

Heute hätten die Gewerkschaften zwar „ihren Frieden mit der Bundeswehr gemacht“; eine Debatte über die Sicherheitsarchitektur oder das Bild der Soldaten in der Gesellschaft werde allerdings auch in den Gewerkschaften zu wenig geführt. Bestenfalls sei das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr als „geregeltes Nicht-Miteinander“ zu qualifizieren. Daher forderte Michael Sommer eine Diskussion über die Rolle der Bundeswehr. Es sei „ein Skandal, dass es in der Gesellschaft keine Debatte über die Zukunft und die Rolle der Bundeswehr“ gebe. „Wir müssen reden. Gerade jetzt!“, so Michael Sommer. Die Gewerkschaften könnten hierzu beitragen. Ganz konkret forderte er die Führung der Bundeswehr zu Gesprächen über die Bundeswehr mit den Gewerkschaften auf. Es sei schon sehr bezeichnend, dass Georg Leber der letzte Verteidigungsminister gewesen sei, der den DGB besucht hätte. Mit den Worten „Soldaten haben einen Anspruch auf Solidarität der Gesellschaft“ schloss Michael Sommer seine Ausführungen.

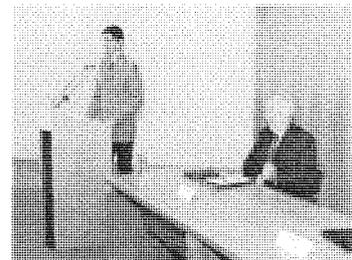


DGB-Chef Michael Sommer

brennenden Fragen der künftigen Entwicklung unseres Landes sowie der Bundeswehr zu diskutieren. Festzuhalten bleibt, dass hier ein erster und wichtiger Schritt zur weiteren Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit Gewerkschaften gewagt wurde.

Im Rahmen der militärischen Weiterbildung „Innere Führung: Politische und ethische Haltungen und Orientierungen für den Offizier“ beschäftigen sich die studierenden Offiziere und Offizieranwärter/-innen der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg in diesem Trimester mit dem Thema „Soldat und Gesellschaft“. Im Mittelpunkt steht dabei die Auseinandersetzung mit der Rolle gesellschaftlicher Institutionen wie Kirchen, Parteien und Gewerkschaften und deren Beziehungen und Wechselwirkungen mit den Streitkräften.

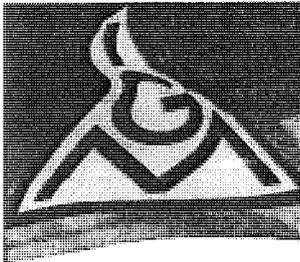
Daher freute sich Herr Oberst Dr. Hartmann (Leiter Studentenbereich) besonders, am 8. März 2011 mit Herrn Michael Sommer, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, einen besonders aussagefähigen Vortragenden zum Thema „Die Gewerkschaften und ihr Verhältnis zur Bundeswehr“ zu begrüßen. Seine Rede leitete Michael Sommer mit der Bemerkung ein, dass Gewerkschaften und Bundeswehr heute „weitgehend nebeneinander her leben – was auch schon das Beste sei, was man dazu sagen könne“. Für ihn selbst sei diese Rede durchaus eine „Herausforderung“, da „Gewerkschaften per se ein kritisches Verhältnis zum Militär“ hätten. Dies erkläre sich aus der Vergangenheit der tradierten Wahrnehmung des „Militärs als Instrument



Begrüßung durch Oberst Dr. Hartmann

Metall kritisiert Kürzung des Rüstungsetats

Die IG Metall hat Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) vor einer massiven Kürzung des Rüstungsetats gewarnt. Mit den jetzt geplanten Einsparungen würden 30.000 Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet und die 'militärische Luftfahrtindustrie kaputt gemacht', sagten EADS-Gesamtbetriebsratschef Thomas Pretzl und IG-Metall-Konzernbetreuer Bernhard Stiedl am Dienstag in München.



München (dapd). Die IG Metall hat Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) vor einer massiven Kürzung des Rüstungsetats gewarnt. Mit den jetzt geplanten Einsparungen würden 30.000 Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet und die 'militärische Luftfahrtindustrie kaputt gemacht', sagten EADS-Gesamtbetriebsratschef Thomas Pretzl und IG-Metall-Konzernbetreuer Bernhard Stiedl am Dienstag in München und kündigten den Widerstand der Gewerkschaft an.

Das Verteidigungsministerium wolle nicht nur die Wehrpflicht aussetzen, sondern auch bei der Rüstung 9,3 Milliarden Euro einsparen, sagte Stiedl. Statt 60 würde die Bundeswehr nur noch 25 Airbus-Militärtransporter A400M bekommen - wenn überhaupt, denn ein solcher Einschnitt 'wäre der Tod für dieses Programm', sagte Stiedl. Ferner würde die letzte Tranche von 37 Eurofighter für die Bundeswehr gestrichen. Auch das Nachfolgeprogramm zum Bau des unbemannten Aufklärungsflugzeugs Talarion würde dem Rotstift zum Opfer fallen. Außerdem sollten 15 Transall-Transportflugzeuge und 100 Tornado-Kampfflugzeuge stillgelegt werden.

In Entwicklung, Fertigung und Wartung stünden somit mittelfristig 15.000, langfristig sogar 30.000 hochqualifizierte Arbeitsplätze bei EADS und Zulieferfirmen auf der Kippe. Am stärksten betroffen wären die südbayerischen und württembergischen Standorte Manching, Ottobrunn, Unterschleißheim, Augsburg, Ulm und Friedrichshafen, aber auch Varel und Nordenham in Niedersachsen sowie die Elbe-Flugzeugwerke in Dresden.

'Die Kollegen haben Angst um ihren Arbeitsplatz, um ihre Existenz', sagte Pretzl. Zum ersten Mal seien ausnahmslos alle Programme betroffen, eine Versetzung der Betroffenen an andere Standorte sei nicht mehr möglich. 'Wir werden als IG Metall diesem Streichkonzert nicht tatenlos zusehen und deshalb dagegen mobilisieren und zu Aktionen aufrufen', kündigte Stiedl an. 'Werden die Einsparpläne des Verteidigungsministeriums umgesetzt, wird es in Zukunft in Deutschland keine militärische Luftfahrtindustrie mehr geben.'

Größtes Sorgenkind sei Talarion, denn ohne dieses Programm werde Deutschland im Zukunftsmarkt der unbemannten Flugzeuge keine Rolle mehr spielen. Dabei gehe es auch um zivile Anwendungen. 'Wenn Talarion nicht kommt, wenn man hier den Anschluss verpasst, wird es uns in Zukunft wohl nicht mehr geben', warnte Pretzl. 'Wir finden es nicht gut, wenn mit deutschen Steuergeldern ausländische Rüstungsgüter gekauft werden. Wir hätten die Wertschöpfung lieber in Deutschland', sagte Stiedl.

Ddp

14.09.2010 | 13:52 Uhr

Militaristische Propaganda der IG Metall-Führung: „Wir fordern: Bundeswehraufträge ... zum Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeiten auf dem Gebiet des Marineschiffbaus und der Marinetechnik“



Wirtschaft
Technologie
Umwelt | Vorstand

Kurzreport



Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Der Militärschiffbau in Europa: zwischen neuen sicherheitspolitischen Anforderungen und Finanzierungsproblemen	7
2. Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen in Deutschland: Es dominiert der Kostendruck	8
3. Der Export: zentrale Bedeutung und steigender Marktdruck	12
4. Die deutsche Schiffbauindustrie: anhaltender Wandel und neue strategische Konzeptionen	13
4.1. Bedeutung des Schiffbaus in Deutschland	13
4.2. ThyssenKrupp Marine Systems - TKMS	15
4.3. Die Lürssen Gruppe	18
4.4. Die Hegemann Gruppe	19
4.5. Die Flensburger Schiffbaugesellschaft	19
4.6. Zwischenfazit: Wandel der Schiffbaustrukturen in Deutschland	20
5. Die Entwicklungen in anderen europäischen Ländern – ein kurzer Überblick	21
5.1. Großbritannien	22
5.2. Italien	24
5.3. Spanien	26
5.4. Frankreich	28
5.5. Niederlande	29
6. Europa: unterschiedliche nationale Strategien für den militärischen Schiffbau	30
7. Perspektiven für die weitere Entwicklung	31
Anhang	34
Literatur	35

Impressum

Kurzreport: 11/2010

15. Dezember 2010

Autoren:

Kai Burmeister, Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze
Dr. Peter Wilke, Wilke, Maack und Partner, Hamburg
Dr. Jörg Weingarten, PCG-Project Consult GmbH, Essen

Titelbild:

Holger Bischoff

Gestaltung und Vertrieb:

Sarah Menacher

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand
Wirtschaft, Technologie, Umwelt
D-60519 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (69) 6693 2091

Fax: +49 (69) 6693 80 2091

Mail: wi@igmetall.de

online www.igmetall.de/download

Vorwort

In Berlin, Paris und London und weiteren europäischen Hauptstädten nehmen die Ankündigungen zu, die Ausgaben für die Beschaffung und den Betrieb von militärischen Gerät drastisch zurückfahren zu wollen. Angesichts der Größe der Verteidigungsbudgets an den öffentlichen Haushalten ist schon jetzt für alle klar: Die anstehende Sparrunde wird bei den Verteidigungshaushalten keine Ausnahme machen.

Der Kuchen wird künftig kleiner werden. Auch wenn bislang noch unklar ist, welche Beschaffungen entfallen und auf welche militärischen Fähigkeiten verzichtet werden soll, so besteht über die Aussichten auf den europäischen Absatzmärkten keinerlei Illusion. Alle Hoffnungen in der Branche zielen deshalb auf die Wachstumsmärkte außerhalb Europas. Tatsächlich planen einige Schwellenländer milliardenschwere Beschaffungen von Marineeinheiten. Bei diesem Rennen werden längst nicht alle europäischen Anbieter zum Zuge kommen können.

Was tun in dieser Situation? Die Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen für die Beschäftigten im europäischen Schiffbau hat für die IG Metall oberste Priorität. Die vorliegende Studie gibt in diesem Zusammenhang einen fundierten Überblick über die Kapazitäten im Marineschiffbau und ist daher verdienstvoll.

Wir werden uns in den kommenden Monaten nicht zurücklehnen und abwarten, was passiert. An diesem Anspruch messen wir auch die Unternehmen und die Politik, die gerade im Marineschiffbau Verantwortung zeigen müssen.

Nötig ist als erster Schritt ein „industriepolitischer Dialog“ zwischen der Bundesregierung, der Industrie und der IG Metall zur Sicherung der industriellen Kernfähigkeiten im Bereich des Marineschiffbaus. Unabdingbar ist die Eröffnung der Diskussion auf europäischer Ebene mit den entsprechenden Partnern über die Fragen des europäischen Marineschiffbaus, der Beschaffungsentwicklung und einer einheitlichen europäischen Politik zur Sicherung technologischer Ressourcen gerade angesichts knapper Haushaltskassen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Wir fordern:

- Bundeswehraufträge tragen zum Erhalt der international herausgehobenen wehrtechnischen Kernfähigkeiten auf dem Gebiet des Marineschiffbaus und der Marineteknik bei. Dies sowohl bei den Finalproduzenten als auch bei den Zulieferern. Der Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeit im Marineschiffbau ist für die IG Metall von nationaler Bedeutung. In den Hauptsegmenten des deutschen Marineschiffbaus, den nicht atomaren U-Booten, den Fregatten und Korvetten und darüber hinaus den Spezialschiffen, wie Forschungsschiffe, Einsatzgruppenversorger beziehungsweise Küstenpatrouillenboote etc., gilt es, technologisch sowohl für die Einsatzfähigkeit der deutschen Marine als auch für die Exportfähigkeit der jeweiligen Produkte eine leistungsfähige Basis sicherzustellen. Dies kann nach Auffassung der IG Metall nur gelingen, wenn neben dem vorher genannten Produktmix von ziviler und militärischer Fertigung, die Frage der Exportfähigkeit der jeweiligen Schiffe unter Beweis gestellt wird. Die Auslastung der Werften ist über die Beschaffung der Bundesregierung nicht darstellbar. Eine annähernde Auslastung bei gleichzeitigem Produktmix ist nur über eine Stärkung des zivilen Standbeins herstellbar.
- Von den Unternehmen erwarten wir einen aktiven Beitrag zur Sicherung der Systemkompetenz und der Beschäftigung in der Marineindustrie.

Die Beschäftigung im militärischen Schiffbau ist stark regional konzentriert. Um eine nachhaltige Beschäftigung zu garantieren und Monostrukturen zu vermeiden, müssen die Strategien der Unternehmen, die Untersuchung neuer Märkte und alternativer Produkte einschließen, die Lösungen für die größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bieten:

- Umwelt
- Energie
- Mobilität und
- Sicherheit.
- Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften müssen gemeinsam die Entwicklung neuer Produkte für neue Märkte beschleunigen. Die IG Metall ist der Auffassung, dass Arbeitsplatzverluste durch Diversifizierung, unter anderem in der Windenergie oder in den Offshore-Märkten, vermieden werden können. Voraussetzung ist dafür, dass gemeinsame Strategien mit Bund, Küstenländern, Industrie und der IG Metall mitentwickelt, Anpassungs- und Diversifizierungsprozesse gezielt vorangetrieben und mit Fördermitteln unteretzt werden.
- Hochqualifizierte und hoch motivierte Arbeitskräfte sind das größte Kapital und die beste Investition in die Zukunft im Bereich der militärischen Schiffswerften. Die Unternehmen müssen deshalb ständig in Form von internen Schulungsprogrammen in die Entwicklung der Qualifikationen und Kompetenzen ihrer Mitarbeiter investieren. Beispielhafte Arbeitsbedingungen sowie Tarifverträge tragen zu hochwertiger Arbeit bei und stellen Wettbewerbsstrukturen dar.
- Es müssen Konzepte erarbeitet werden, wie die alternden Belegschaften bestmöglich eingesetzt werden können. Überdies ist es für die Unternehmen von entscheidender Bedeutung in die Einstellung und Ausbildung von Schulabgängern und jungen Absolventen zu investieren und mit der unbefristeten Übernahme Perspektiven zu offerieren.
- Um akzeptable und sozial verantwortliche Lösungen für die Probleme, mit dem der militärische Schiffbau in Deutschland konfrontiert ist, zu finden, muss die Bundesregierung einen industriepolitischen Dialog zwischen den Sozialpartnern, den Finalproduzenten, den Zulieferern und den Landesregierungen initiieren, um entsprechende Diversifikationsprogramme auf den Weg zu bringen.

Gerade im Marineschiffbau verfügt die IG Metall über eine lange und gute Tradition, um über das Hier und Jetzt hinauszudenken. Mitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte haben in der Vergangenheit in der Konversionsdiskussion zivile Produkte als Alternative zur Rüstungsproduktion in Betrieb und Gesellschaft zum Thema gemacht. Es ist keine Übertreibung: Der heutige Boom der Windenergie wurde schon vor rund 30 Jahren auf den Werften von unseren aktiven Kolleginnen und Kollegen vorgedacht. Aus der Idee ist schließlich Realität geworden. Daran lässt sich auch heute anknüpfen. Dieses Engagement und der Ideenreichtum sind wichtige Quellen, die uns in den Auseinandersetzungen der nächsten Monate im Kampf für sichere Arbeitsplätze helfen werden.

Wolfgang Rhode

Jutta Blankau

geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der IG Metall

Bezirksleiterin der IG Metall Küste

Die Verfasser der militaristischen IG Metall-Broschüre verteidigen ihre reaktionären Positionen

Vorbemerkung:

Die nachfolgende demagogische Erklärung erschien, nachdem die militaristische IG Metall-Broschüre „Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext“ öffentlich angeprangert worden ist. Den Text „Deutsche Systemführerschaft“ haben wir im Teil II. dieser Broschüre abgedruckt.

Erklärung des Koordinierungskreises des AK Wehrtechnik

Mit Verwunderung hat der Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze beim Vorstand der IG Metall die Schmähchrift namens „Deutsche Systemführerschaft“, der am 8. September 2011 auf der Homepage „german-foreign-policy“ veröffentlicht wurde, zur Kenntnis genommen.

Der Bericht zielt nicht auf Argumente, sondern auf Denunziation. So wird wahrheitswidrig behauptet, die IG Metall bekenne sich zum „Umbau der Bundeswehr zur global operierenden Interventions- und Besatzungsarmee“ und fordere „eine drastische Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte“.

Und wenn in dem Bericht beispielweise eine analytische Beschreibung der Strategie der NATO und der Bundesregierung zur politischen Auffassung der IG Metall mutiert, dann darf die Frage nach den Absichten und Zielen des Verfassers gestellt werden.

Unterlegt wird dieser Bericht mit Zitaten aus einer im Dezember 2010 veröffentlichten Studie „Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext“, um die vermeintlichen Positionen der IG Metall und des AK Wehrtechnik zu belegen. Zwar finden sich in diesem Bericht tatsächlich wörtliche Zitate aus der Studie, diese sind aber böartig sinnentleert zusammengestellt bzw. greifen z.B. Beschreibungen der Guttenbergschen Reform sowie Zustandsbeschreibungen als Position der IG Metall auf. Dies widerspricht journalistischen Sorgfaltspflichten, wie der wirklichkeitsnahen Darstellung von Sachverhalten und Vollständigkeit von Informationen.

Die Auffassungen und Zielsetzungen der IG Metall sind völlig andere. Dazu muss nur das Vorwort zur Studie gelesen werden.

Militaristische ver.di-Propaganda:

„Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft bekennt sich zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr.“

bundesfachgruppe bundeswehr

VER.DI STEHT ZU EUCH UND ZUR BUNDESWEHR!



Bianca Benkendorf: Jugend- und Auszubildendenvertreterin bei der Wehrtechnischen Dienststelle für Waffen und Munition in Meppen:

Ich fühle mich von ver.di gut vertreten, wenn es um mein Einkommen und Arbeitsbedingungen geht. Nichts ist selbstverständlich, alles muss auch verhandelt und vertreten werden. Das macht ver.di für uns.



Jürgen Soldner, Vorsitzender der ver.di-Fachkommission Soldaten:

Ich finde die Distanzierung von ver.di zu diesen Aktionen einiger Weniger wichtig! Das Bekenntnis von ver.di zu uns ist eine klare Botschaft.

LIEBE SOLDATINNEN UND SOLDATEN, LIEBE KOLLEGINNEN, UND KOLLEGEN,

die Aktionen der Jugend u. a. in München haben hohe Wellen geschlagen. Zahlreiche Soldatinnen und Soldaten und Beschäftigte der Bundeswehr fühlten sich aus verständlichen Gründen diskreditiert.

Es handelte sich um Aktionen, die weder von ver.di inhaltlich unterstützt noch mitgetragen werden. Dies haben wir gegenüber den Verantwortlichen sehr deutlich gemacht. Einseitige und plakative Aktionen sind aus unserer Sicht nicht angebracht. Wir lehnen sie ab und werden den Dialog bundeswehrkritischer Kolleginnen und Kollegen führen. Nur so können Vorurteile und Missverständnisse ausgeräumt werden.

Die Aufgabenstellung und Verantwortung der Soldatinnen und Soldaten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr, verdient Respekt und Anerkennung.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft bekennt sich zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr. Die Bundeswehr hat eine hohe gesellschaftliche Verantwortung zu tragen.

Angesichts der internationalen Verpflichtungen der Bundeswehr ist über die politischen Konsequenzen einer Neuausrichtung zu diskutieren. Dies allerdings muss sich auf die Sache, d. h. auf den von der Gesellschaft und letztlich dem Bundestag zu entscheidenden jeweiligen Auftrag oder die Aufträge des Parlaments insgesamt beziehen und

darf das hohe Engagement und den persönlichen Einsatz der Beschäftigten sowie Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nicht beschädigen.

Wir engagieren uns, in Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedern und zahlreichen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen für eine leistungsstarke Bundeswehr, die bei den Bürgerinnen und Bürgern einen hohen Stellenwert einnimmt.

Wir verhandeln für gute Arbeits- und Einkommensbedingungen und ein fortschrittliches Beamten- bzw. Soldatenrecht.

Dies geht selbstverständlich nur gemeinsam. In diesem Sinne danken wir unseren Mitgliedern für ihre Unterstützung und ihre Treue zu ver.di.

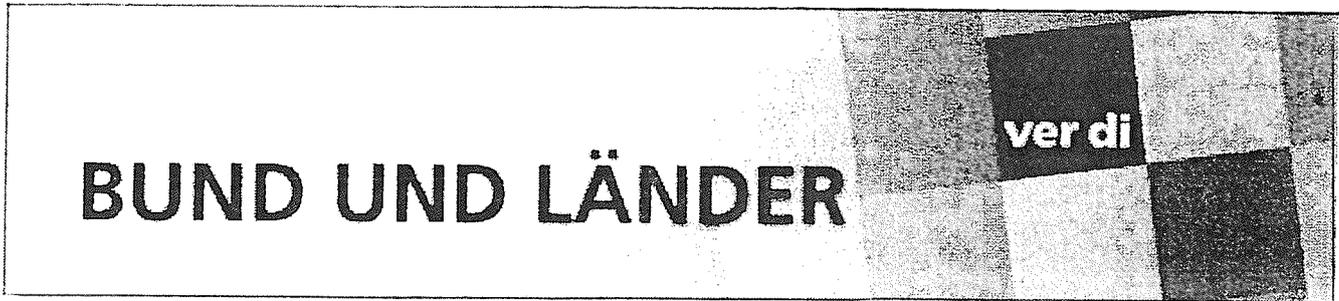


Bund und Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Militaristische ver.di-Propaganda:

**„Die Bundeswehr ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft ...
Es ist für ver.di selbstverständlich, dass für den Eintritt in die
Bundeswehr auch geworben wird.“ (Bsirske)**



NEWSLETTER 02/2011

Aktuelles aus den Fachgruppen

Fachgruppe Bundeswehr

Bundesministerium der Verteidigung kommt zunehmend unter Druck - Bund muss endlich handeln!

Seit vielen Monaten sind für die zivilen Besatzungsmitglieder der Bundeswehrschiffe andere Arbeitszeitregelungen erforderlich. Mit den bisherigen Regelungen über das Opt-out können die Arbeitszeitbedarfe der Marine nicht gesetzeskonform gedeckt werden.

[Mehr zu diesem Thema...](#)

Stellungnahme der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft zu Protestaktion gegen die Bundeswehr

Beim Hessentag in Oberursel gab es eine Protestaktion, die gegen einen Werbeauftritt der Bundeswehr gerichtet war. Dieser Aufruf wurde unter anderem vom ver.di Bezirksfachbereich 5 (Bildung, Wissenschaft und Forschung) in Frankfurt am Main unterzeichnet. Dies ist in einem offenen Brief von CDU-Generalsekretär Gröhe an Michael Sommer und Frank Bsirske scharf kritisiert worden, mit der Aufforderung zur Distanzierung. Hierzu stellt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske in seinem Antwortschreiben an den CDU-Generalsekretär klar: "ver.di engagiert sich kontinuierlich und konsequent für die Belange der Soldatinnen und Soldaten sowie der Zivilbeschäftigten der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft und handelt als Parlamentsarmee im Auftrag des Bundestages. Es ist für ver.di selbstverständlich, dass für den Eintritt in die Bundeswehr auch geworben wird."

[Mehr zu diesem Thema...](#)

ver.di und Bundeswehr - das geht doch!

Stellungnahme zum Artikel „Hessentag ohne Bundeswehr“ (ver.di mainletter 02-2011, Seite 4)

Position der ver.di Landesfachgruppe Bw zu den Aktivitäten des Bündnisses Bildung ohne Bundeswehr auf dem Hessentag.

Der Landesfachgruppe Bundeswehr (LFGr Bw) war bekannt, dass ver.di durch den Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung im Verbund mit anderen gewerkschaftlichen und linken parteipolitischen Organisationen zu einer Demo für den 18.06.2011 gegen die Bundeswehr auf dem Hessentag unter dem Slogan „Kein werben für's sterben“ aufgerufen hatte. In der Hoffnung, dass eine regionale Demonstrationsveranstaltung angekündigt durch einen Textaufruf auch nur begrenzten Schaden für die ver.di LFGr Bw in Hessen, nach sich ziehen würde, hatten wir uns bis zum 15.06.2011 hinsichtlich einer überregionalen Reaktion enthalten.

Am 14.06.2011 war der LFGr Bw ein Flyer zugegangen, der als Blickfang zur Werbung der Teilnahme zur Demo eingesetzt wurde. Auf dem war ein Foto einer bundeswehrinternen Trauerfeier abgebildet. Der Flyer war nicht nur geschmacklos, er war für uns Beschäftigte der Bundeswehr und Mitglieder der ver.di LFGr sowie insbesondere für die Trauernden absolut inakzeptabel und nicht tragbar.

Das ver.di-Gliederungen in Hessen ohne Abstimmung innerhalb der Fachbereiche sich derart gewerkschaftsschädigend für eine Beschäftigungsgruppe in der Öffentlichkeit präsentieren, war ein nicht hinnehmbarer Tatbestand.

Das Demonstrationsrecht ist verfassungsrechtlich geschützt und wir stellen dies in keinster Weise in Frage. Die Präsentation im Vorfeld einer Demonstration darf aber nicht gegen die guten Sitten, die Persönlichkeitsrechte und die Würde des Menschen verstoßen.

Das Demomotto „Kein werben für's sterben“ sollte „das Übel Bundeswehr“ auf dem Hessentag in Oberursel für künftige Hessentage beseitigen helfen. Wer die Bundeswehr wie die Hessische ver.di Gliederung des FB 5, die

Partei „Die Linke“ und andere Mitorganisatoren beseitigt wissen will, will eine andere Gesellschaftsform als die freiheitlich demokratische Grundordnung, für die die Bundeswehr als Ganzes steht. Die Einsätze der Bundeswehr werden vom Deutschen Bundestag legitimiert und von diesem kontrolliert. Soldatinnen und Soldaten und die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr haben mit ver.di stets einen verlässlichen Partner gegenüber der Politik zur Ausübung ihres besonders schwierigen Berufes. In der politischen Debatte um die Zukunft der Bundeswehr sind die Anliegen der Soldatinnen und Soldaten sowie der Zivilbeschäftigten ein stetiger Begleiter im Handeln von ver.di. Dies drückte sich zuletzt durch den Tarifabschluss „Tarifvertrag über sozialverträgliche Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Bw (TVUmBw)“ am 10.12.2010 aus.

Zur tiefen Verankerung der Bundeswehr in unserer Demokratie gehört selbstverständlich die öffentliche Auseinandersetzung über deren Aufgaben. Die allermeisten Kolleginnen und Kollegen der ver.di LFGr Bw inkl. zahlreicher Soldatinnen und Soldaten vertreten die Meinung, dass der

Einsatz in Afghanistan nicht zu den Aufgaben der Bundeswehr gehört. Da wir kein gestörtes Verhältnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung haben und den einhergehenden Prinzipien einer Parlamentsarmee akzeptieren, versucht die LFGr Bw auf dem innergewerkschaftlichen als auch gesellschaftspolitischen Weg eine Änderung für die Zukunft herbeizuführen. Daher wird gerade im Zusammenhang mit der geplanten Neuausrichtung der Bundeswehr von uns eine öffentliche Debatte gesucht, denn nur so kann gewährleistet werden, dass die Bundeswehr Teil der demokratischen Gesellschaft bleibt. In diesem Zusammenhang hatten wir uns für die Beibehaltung der Wehrpflicht stark gemacht, was jedoch politisch nicht mehr durchsetzbar war. Die Folge ist ein dramatischer Verlust von Nachwuchskräften nicht nur in der Bundeswehr, sondern in allen gesellschaftlichen Schichten, die von der Wehrpflicht partizipierten. Der Bundeswehr muss, wie allen anderen Arbeitgebern, die Möglichkeit eingeräumt werden, sich mit Nachwuchswerbung in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Wir teilen die Kritik, wenn auf einer 8000 qm großen Ausstellungsfläche Werbeversuche bei jungen Menschen unternommen werden, die mit Hilfe von Luft-

fahrzeugen, Panzern und anderen Ausrüstungsgegenständen die Realitäten des Soldatenalltags in den Hintergrund stellen lassen. Erfolgreiche Werbung geht einher mit einer ausgewogenen Information über Aufgaben und Einsätze der Streitkräfte. Halbwahrheiten führen sehr schnell zu Enttäuschung bei den jungen Menschen. Eine einsatzorientierte Armee benötigt charakterfeste und gut ausgebildete Menschen.

Zwar bildet die Bundeswehr Jahr für Jahr mehr als 4500 Azubi in nahezu allen Berufen aus, aber die meisten Azubi finden nach ihrer Ausbildung eine berufliche Zukunft außerhalb der Bundeswehr. Deshalb ist die Bundeswehr mehr denn je angewiesen, auf dem freien Arbeitsmarkt ihr Personal für den Soldatenberuf zu suchen. ver.di hat die Bundeswehr als Arbeitgeber, der stets über Bedarf ausbildet, immer positiv begleitet und darf künftig einer fairen und objektiven Werbung für den Soldatenberuf nicht entgegenstehen.

Als ver.di LFGr hätten wir uns einer gewerkschaftsinternen Diskussion im Vorfeld des Hessentages gerne gestellt und wir begrüßen es, dass ein nachträglicher Dialog nunmehr eingeleitet wurde. Die LFGr Bw bietet einen direkten Dialog den Kolleginnen und Kollegen des Fachbereiches 5 und der ver.di. Jugend an.

Erfolgreicher Tarifabschluss Einzelhandel

Spürbar mehr Entgelt und 36 Werkstage Urlaub für alle



Nach vielen Streiks, betrieblichen und öffentlichen Aktionen kam die Einigung: Die Gehälter, Löhne und Ausbildungsvergütungen im Einzelhandel werden zum 1. Juni 2011 um drei Prozent und zum 1. Juni 2012 um weitere zwei

Prozent erhöht. Im April 2012 erhalten alle Vollzeitbeschäftigten eine Einmalzahlung von 50 Euro (Teilzeitbeschäftigte arbeitszeitanteilig), Auszubildende 25 Euro. Darüber hinaus wurden einige tarifvertragliche Vereinbarungen entsprechend dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz diskriminierungsfrei geregelt. So erhalten alle Beschäftigten ab 2012 altersunab-

hängig 36 Werkstage Urlaub, eingetragene Lebenspartnerschaften werden beim Sonderurlaub der Ehe gleichgestellt. Die Verdienstsicherung und der besondere Kündigungsschutz für ältere Beschäftigte bleiben bestehen, die Jahre der Betriebszugehörigkeit vor dem 25. Lebensjahr werden bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer berücksichtigt.

„Bundeswehrkameraden“ und ver.di-Führung: Wie sich die militaristischen Töne gleichen

NACHRICHTEN aus der Mitte von Europa

RG-BOX online

<http://rg-box.com/?p=4205>

Bundeswehrkameraden verurteilen Anti-BW-Protest beim Hessentag Oberursel

Publiziert am 17. Juni 2011 von NewsXXL

GIESSEN (rge/ger/rg), Die Mitglieder der Kameradschaft der ehemaligen Soldaten, Reservisten und Hinterbliebenen Gießen (ERH) im Deutschen Bundeswehrverband verurteilen die geplante Protestaktion gegen die Bundeswehr beim Hessentag in Oberursel. Am 18. Juni rufen „DIE LINKE“ gemeinsam mit attac, DGB-Jugend, GEW., ver.di und weitere Organisationen zur Protestaktion gegen den Werbepoststand der Bundeswehr unter dem Motto „Kein Werben fürs Sterben“ auf. Der Landesverbandsvorsitzende des Bundeswehrverbands Oberstleutnant Thomas Sohst betont in seinem Schreiben an die veranstaltenden Organisationen das hohe Gut der Meinungsfreiheit und der Demonstrationsfreiheit. Stellvertretend für die Soldaten als Staatsbürger in Uniform halte er es aber für unerträglich, dass hier der Eindruck erweckt werde, dass beim Hessentag Soldaten zum Sterben geworben werden sollten. „Kein Soldat geht in den Einsatz um zu Sterben, allerdings ist er bereit sein Leben für die Interessen dieses Staates einzusetzen.“, so Sohst.

„Geschmacklos“ finden die Vertreter des Bundeswehrverbandes auch in Gießen, wie durch LINKE, DGB-Jugend Hessen, GEW Studierendengruppe Frankfurt und ver.di Fachbereich 5 Bezirk Frankfurt die in Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten im Auftrag des Bundestages im Einsatz gefallenen Soldatinnen und Soldaten durch die Werbung für die Protestaktion in Wort und Bild missbraucht werden. An den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier und den Bürgermeister von Oberursel sind Schreiben versandt worden mit der Bitte sich gegen die ehrverletzenden Darstellung der Soldatinnen und Soldaten in der Öffentlichkeit zu stellen, informierte der Gießener Kameradschafts-Vorsitzende Jürgen Gemmer.

Militaristische ver.di-Propaganda für die deutsche Kriegsmarine:

verdi.de :: Nord / Chronik / 2011 / 20111110

ver.di Nord fordert Erhalt des Marinearsenals in Kiel

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di Nord) fordert, die geplante Schließung des Kieler Marinearsenals zu stoppen, eine, nach Auffassung der Gewerkschaft, politisch wie wirtschaftliche Fehlentscheidung des Bundesverteidigungsministers.

„Welche Gründe für die Entscheidung, das Kieler Marinearsenal zu schließen, ausschlaggebend waren, entzieht sich unserer Kenntnis. Wirtschaftliche Gründe können dies sicherlich nicht sein, denn auch zukünftig wird die Marine in der Ostsee aktiv sein und die notwendigen Instandhaltungsaufgaben sind erforderlich. Mit einer Verlagerung der Kosten auf private Unternehmen kann der Haushalt nicht entlastet werden, denn private Unternehmen können diese Arbeiten nicht kostengünstiger anbieten“, so Karin Hesse, Leiterin des ver.di Landesbezirks Nord.

„Es steht aber fest, dass die Entscheidung des schwarz-gelben Kabinetts 750 qualifizierte Arbeitsplätze und 120 Ausbildungsplätze in Gefahr bringt. Wir fordern alle politischen Handelnden im Land auf, diese Planungen zu überprüfen und die Entscheidung rückgängig zu machen“, so die Gewerkschaftschefin weiter.

Der Arsenalbetrieb in Kiel ist Dienstleister für die Marine. Weltweit sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Marine unterwegs. Ihre Aufgaben sind das Reparieren, Instandsetzen, Warten und Erproben der gesamten technischen Einrichtungen incl. der Landanlagen an der Ostsee.

ver.di und alle Kieler Gewerkschafter rufen am 11. November 2011 zu einer Demonstration für den Erhalt des Arsenalbetriebs in Kiel auf.

Die Demonstration beginnt um 12:30 Uhr vor dem Eingang des Arsenalbetriebs im Klausdorfer Weg. Sie wird dann über die Werfstraße, Gablenzstraße, Sophienblatt zum Hauptbahnhof führen.

Die Abschlusskundgebung ist vor dem Kieler Hauptbahnhof ab ca. 14:00-Uhr geplant.

Redner/innen sind u. a.:

Torsten Albig, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel,
Stefan Kruber, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion,
Irene Streusloff, Vertreterin der Auszubildenden im Arsenalbetrieb,
Hans-Walter Rohlf, Vorsitzender des Personalrats im Arsenalbetrieb,
Ernst-August Kiel, Vorsitzender des Betriebsrats HDW.

Ja

zum Marinearsenal - Arsenalbetrieb Kiel

Aufruf zur Solidaritätsbekundung

am 2. Dezember 2011

zwischen 8:00 und 8:30 Uhr

vor der Petrus-Kirche in Kiel-Wik

Weimarer Straße, 24106 Kiel

Zu Beginn der Personalversammlung des Marinearsenals-Arsenalbetrieb Kiel bitten die Beschäftigten und Auszubildenden um Eure Solidarität. Sie wünschen sich von Euch eine starke Unterstützung in Form eines Spaliers zu Beginn der Versammlung. Der Präsident des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung wird auch vor Ort sein.

Stärkt ihnen den Rücken!

Die Auflösung des Marinearsenalbetriebs in Kiel vernichtet unnötig hochqualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Deshalb setzen sich jetzt alle Auszubildenden und Beschäftigten für den Erhalt des Marinearsenalbetriebs - Arsenalbetriebs Kiel ein.



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

V. i. S. d. P.: Gewerkschaft ver.di, Bezirk Kiel-Pion, Frank-Hornschu, Lagerstraße 22, 24103 Kiel



<https://nord.verdi.de/chronik/2011/20111110>

II.
Contra DGB-Führung:
Proteste gegen deutsche
Kriegspolitik und Militarisierung

In Karlsruhe haben GewerkschafterInnen und verschiedene Initiativen zum öffentlichen Protest und Widerstand gegen die Militarisierung in den Krankenhäusern aufgerufen:

Was will die Bundeswehr im Krankenhaus?

Wer in einem zivilen Krankenhaus einen ärztlichen oder pflegerischen Beruf ausübt, hat sich in der Regel für eine nichtmilitärische Tätigkeit entschieden. Viele Zivildienstleistende arbeiten explizit im Gesundheitswesen, weil sie nur in zivilen Diensten stehen wollen. Ist es damit zukünftig vorbei? Welchen Zugriff bekommt die Bundeswehr auf qualifiziertes Fachpersonal und technische Einrichtungen im herkömmlichen Gesundheitswesen? Hängt die finanzielle Situation einzelner Kreiskrankenhäuser oder Unikliniken zukünftig vom Willen des Verteidigungsministeriums ab? Mit diesen Fragen beschäftigen sich derzeit Friedensinitiativen, ÖTV und Klinikpersonalräte, u.a. in Karlsruhe, Sindelfingen und Tübingen.

Mit einer gemeinsamen Erklärung vom 22.4.1999 - also mitten im Kosovo-Krieg - besiegelten das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) einen Mustervertrag für die Zusammenarbeit von militärischen Sanitätsdiensten und Krankenhäusern.

Vorangegangen waren zahlreiche Anwerbeversuche von Wehrbereichkommandos an örtliche Klinikverwaltungen.

In dem Vertrag, der inzwischen von mehreren Krankenhäusern übernommen wurde, heißt es:

"Eine enge Zusammenarbeit schon zu Friedenszeiten in Fragen der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die gemeinsame Nutzung von Material und Gerät bilden die Grundlage für eine derartige Kooperation. Das Zusammenwirken zivilen und militärischen Personals, welches sich in seinen individuellen Fähigkeiten kennt und mit vertrautem Gerät arbeitet, schafft zudem die Basis für die Kooperation im Falle der Landes- und Bündnisverteidigung... Unbeschadet der generellen Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung hat dieser Rahmenvertrag die gemeinsame klinische Versorgung von zivilen und militärischen Patienten in einem Verbund zwischen zivilem Krankenhaus und militärischer Reservelazarettgruppe (ResLazGrp) im Falle der Landes- und Bündnisverteidigung zum Ziel."

Die Bundeswehr, die schon jetzt über 26 000 aktive Soldaten und 6 600 zivile Beschäftigte im Sanitätsdienst verfügt, will für jede ihrer 56 Lazarettgruppen - davon

acht in Baden-Württemberg - ein oder mehrere leistungsstarke "Partnerkrankenhäuser" vertraglich binden. Die Bundeswehr plant diese Kooperation nicht nur für Friedenszeiten, sondern für neue mögliche Kriegseinsätze. Das alte Konzept einer eigenen und hauptsächlich mit Sanitätspersonal der Reserve aus dem zivilen Gesundheitswesen betriebenen Reservelazarettorganisation taugt nicht mehr. Die neue NATO-Strategie verlangt jederzeit mobile Einsatzfähigkeit in allen Teilen der Welt. Entsprechend ist eine Neustrukturierung im Sanitätswesen beabsichtigt, die alle verfügbaren zivilen Ressourcen einbindet. Generaloberstabsarzt Dr. Demmer, oberster Bundeswehrsaniater, beruft sich ausdrücklich auf eine Leitlinie der Bundeswehr aus dem Jahre 1995 für den Auslandseinsatz, wenn er gegenüber der Fachzeitschrift "das Krankenhaus" (Nr. 6/99) betont: " Nach einer Mobilmachung soll ziviles und militärisches Krankenhauspersonal gemeinsam für eine klinische Versorgung genutzt und nicht mehr zwischen Soldaten und Zivilpatienten unterschieden werden". Solche Aussagen machen nur Sinn, wenn die Bundeswehr in absehbarer Zeit mit einer wachsenden Zahl von Behandlungsbedürftigen in Folge kriegerischer Handlungen rechnet.

Den Krankenhäusern wird die Zustimmung zu dieser zivil-militärischen Zusammenarbeit auf vielfältige Weise schmackhaft gemacht. Die zur Ausbildung überlassenen Offiziere und Sanitätssoldaten sind während ihrer Ausbildung in der klinischen Versorgung eingesetzt. Sie stehen damit als Arbeitskräfte in ärztlichen und pflegerischen Bereichen zur Verfügung. Offiziell ist zwar festgelegt, daß die Azubis in Uniform nicht zur Besetzung freier Stellen einzusetzen sind. Hinter vorgehaltener Hand wird jedoch damit geworben, daß manch personeller Engpass kostenneutral überbrückt werden kann.

Überhaupt sind finanzielle Erwägungen das Hauptdruckmittel, um die inzwischen betriebswirtschaftlich ausgerichteten Klinikträger zur Vertragsunterschrift zu bringen. Welcher Krankenhausdirektor würde sich nicht über kostenlose Bereitstellung technischer Einrichtungen freuen. Nicht umsonst ist im Mustervertrag von Kooperation zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und zur Leistungssteigerung die Rede. Im Falle einer Mobilmachung verspricht die Bundeswehr vertragsbereiten Krankenhäusern großzügig, daß sie personell funktionsfähig bleiben dürfen. Viel wert ist diese Zusicherung nicht. Im Mustervertrag ist festgelegt, daß ziviles Klinikpersonal an Bundeswehreinrichtungen abgeordnet werden kann und dort den "Anweisungen zur militärischen Sicherheit" unterliegt.

Mit Podiumsveranstaltungen und Unterschriftensammlungen gingen GewerkschafterInnen und Friedensinitiativen in den letzten Tagen an die Öffentlichkeit. In einem vom örtlichen DGB unterstützten Flugblatt des Friedensbündnis Karlsruhe heißt es: "Die Beschäftigten der Krankenhäuser sollten sich entschieden gegen ihre Verplanung für den Krieg zur Wehr setzen. Verlangen wir von unseren Verwaltungen Aufklärung über Verhandlungen mit der Bundeswehr. Informieren wir die Öffentlichkeit. Verhindern wir die Vernetzung mit dem Militär. So können wir etwas gegen den nächsten Krieg tun."

Solidaritätserklärung der GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion vom 3.12.2006:

Solidarität mit den kriminalisierten Kölner AntimilitaristInnen

Köln, 21. September 2005: Anlässlich des 50 jährigen Bestehens der Bundeswehr wird in Köln das militaristische Spektakel einer öffentlichen Rekrutenvereidigung veranstaltet. Dagegen findet vielfältiger Protest und Widerstand unterschiedlicher Gruppen statt, das Spektakel wird empfindlich gestört und der Bundeswehr und ihren staatlichen UnterstützerInnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Vier AntimilitaristInnen, die in einer beispielhaften Aktion ein Transparent vom Dom und dem Domhotel mit dem Text „Wir geloben zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen“ und „Soldaten sind Mörder K.T.“ in unmittelbarer Nähe und während der laufenden Vereidigung herunterlassen, werden mit einem Verfahren wegen Volksverhetzung überzogen.

Köln, 23. November 2006: Der zweite Prozesstag, der von einem großen Polizeiaufgebot aber auch wie schon beim ersten Prozesstag am 26.10.06 von gut 100 ZuschauerInnen begleitet wurde, hatte folgendes Ergebnis: Der Vorwurf der Volksverhetzung, mit dem die AntimilitaristInnen auf Strafantrag der Bundeswehr kriminalisiert werden sollten, konnte abgewehrt werden. Die zwei KriegsgegnerInnen, die während des Gelöbnisses am 21. September 2005 ein Transparent mit der Aufschrift „Wir geloben, zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen“ vom Kölner Dom herunterließen, wurden wegen Beleidigung der dort vereidigten Rekruten und Hausfriedensbruch zu einer Geldstrafe von je 60 Tagessätzen verurteilt. Das Verfahren gegen die beiden anderen AntimilitaristInnen wurde auf Staatskosten eingestellt.

Die Kriminalisierung der Proteste gegen das militaristische Gelöbnis und den Zapfenstreich in Köln soll auch dazu dienen, eine sich entwickelnde antimilitaristische Bewegung schon im Keim zu ersticken und abzuschrecken. Wir erklären als GewerkschafterInnen und Antifaschistinnen unsere ausdrückliche Solidarität mit den kriminalisierten AntimilitaristInnen und ihrer Aktion. Angesichts des fortschreitenden Ausbaus der Bundeswehr zur weltweit agierenden Kriegsarmee zur Sicherung deutscher (Kapital-) Interessen und der erklärten Absicht, den Einsatz dieser Armee auch nach innen weiter auszubauen, ist die Aktion der Kölner Antimilitaristinnen beispielhaft, finden solche Aktionen viel zu wenig statt und stehen für uns in der Tradition der Demonstrationen gegen Rekrutenvereidigungen seit den 80er Jahren (wie z.B. die militanten Aktionen am 6. Mai 1980 in Bremen und Demonstrationen in München oder auch Berlin).

Bremen, den 3.12.2006

GewerkschafterInnen und Antifa – Gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion (Gewantifa)

Redebeitrag von German für die ver.di Jugend München bei der Kundgebung gegen die NATO-Sicherheitskonferenz am 7.2.2009:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Antimilitaristinnen und Antimilitaristen,

hier, in der Landeshauptstadt der Ordnungszelle Bayern, finden sich jedes Jahr Vertreter großer Rüstungsfirmen, hohe Militärs sowie Männer und Frauen der internationalen Politprominenz zusammen. Diese, ehemals treffender als Wehrkundetagung firmierte, sogenannte NATO-Sicherheitskonferenz im Bayerischen Hof wird von Jahr zu Jahr immer mehr zum Kampfplatz um das Recht, sich unter freiem Himmel versammeln zu dürfen. Dieses Recht wurde uns in der Vergangenheit immer sehr schwer gemacht und an uns wurde erprobt, was 2008 in das bayerische Versammlungsgesetz in Form gegossen wurde. Die Szenerie bei der letztjährigen Demonstration verglich ein mir bekannter Tierarzt mit "Stieren, die zum Kastrieren geführt wurden!" Er erklärte diesen Vergleich damit, dass die großen Rinderherden zum Brandmarken oder die Bullen zum Kastrieren in enge Gitter getrieben wurden, so dass man ihnen besser Herr wurde. Insbesondere die Kastration führte dazu, dass die Tiere ruhiger wurden und das Fleisch zarter.

Wir aber wollen nicht ruhiger werden! Wir dürfen nicht ruhiger werden! Von der Schulbank zur Schlachtbank wurde die Jugend in Deutschland schon zwei Mal geschickt, um den Tod in andere Länder zu exportieren.

Vor zwei Jahren schon schrieb Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung unter dem Titel: "Schäubles Vorkrieg": "Heute beginnt der Vorkrieg, wenn Verfassungspolitiker die Verfassung nicht mehr achten." Aber ist es denn wieder so weit? Wie sieht die Lage heute konkret aus?

Angriffskriege sind seit ebensolchem gegen Jugoslawien '99 wieder an der Tagesordnung. Aber damit wird sich nicht zufrieden gegeben - noch mehr "nationale Interessen" werden "in aller Welt gesichert". Das sagen sie jedenfalls.

Doch zu welchem Zweck? Jedenfalls keinem im Sinne der Bevölkerung, das steht fest. Warum sonst sollte parallel zur Aufrüstung für den Krieg nach Außen immer mehr Energie darauf verwendet werden, die eigene Bevölkerung in Schach zu halten? Bestes Beispiel hierfür ist die Gründung des sogenannten Heimatschutzes. Der De-facto-Inlandseinsatz der Bundeswehr während der Sicherheitskonferenz bestand vor zwölf Jahren noch aus 115 Soldaten. Letztes Jahr waren es bereits 420 Soldaten, wobei 110 bewaffnete Feldjäger das Hausrecht im Bayerischen Hof übernahmen. Kann man, oder muss man da schon von einer schleichenden Okkupation reden, wie auch z.B. in einer Arbeitsagentur in Frankfurt?! Dort hat nämlich ein Wachmann auf Anordnungsweisung der Bundeswehr, die gerade eine der unzähligen Rekrutierungsveranstaltungen für Erwerbslose durchführte, einem Vertreter der IG-Metall den Zutritt verwehrt. Die Bundeswehr okkupiert also die Arbeitsämter, hat dort sogar schon feste Büros installiert. Jugendlichen, die durch die Verschärfung ihrer sozialen Situation in die Perspektivlosigkeit getrieben wurden,

wird dort der Soldatenberuf als sicher, ja todsicher, angepriesen. Dies ist aber nur ein Teil der umfassenden Militarisierung Deutschlands im Innern. Die durch die jetzige Weltwirtschaftskrise noch größer werdende Not treibt sie dazu, diese zu beschleunigen. Ganz nach dem Motto: Je mehr Not, desto mehr Notstand. Als weitere offensive Werbe- und Indoktrinationsmaßnahmen von Seiten des Militärs ist zu nennen, dass bereits Kindern in Form einer "Kinderuni" als Teil der Bundeswehruniversität in Neubiberg Nahe gebracht wird, dass Kriege aufgrund von Ressourcenknappheit entstehen. In Betrieben, Schulen und Universitäten wird systematisch zur geistigen Kriegsvorbereitung das Kriegsspiel POLIS (Politik & Internationale Sicherheit) durchgeführt. Angeleitet werden sie von so genannten Jugendoffizieren, einer weltweit einzigartigen Institution. Gegründet von Adolf Heusinger, dem mehrere schwere Kriegsverbrechen als NS-General zur Last gelegt werden. Diese Institution der Bundeswehr wird nun auch, nach einem Kooperationsvertrag zwischen dem Ministerium Schule und Weiterbildung des Landes NRW und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr, "im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die Friedenssicherung möglicher und/ oder notwendigen Instrumente der Politik" informieren. Hinzu werden "Informationen (...) zu nationalen Interessen einzubeziehen sein." Aha - also quasi Friedenssicherung für nationale Interessen. Da sollten wir Bertolt Brechts Ausspruch immer im Hinterkopf behalten:

"Wenn die Oberen vom Frieden reden Weiß das gemeine Volk
Daß es Krieg gibt.
Wenn die Oberen den Krieg verfluchen
Sind die Gestellungsbefehle schon ausgeschrieben."

Das gilt vor allem jetzt in Bayern, da hier ebenfalls solch ein Kooperationsvertrag im Gespräch ist, der von uns verhindert werden muss.

Kooperationsverträge gibt es auch mit dem THW oder Krankenhäusern, wie z.B. in Bad Doberan bei Rostock, das während des G8-Gipfels quasi dem Militär unterstand. Dementsprechend wurden teilweise auch Einsätze durchgeführt, wie diverse nicht genehmigte Kampfflugkommandos über den Köpfen der Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten, ohne Wissen des zuständigen Ministers, Herrn Jung.

Das Militär mutiert immer mehr zur vierten Gewalt, das nach dem bürgerlichen Demokratieverständnis massiv antidemokratisch ist. Deshalb müssen wir, vor allem als Jugend, verhindern, dass in Deutschland jemals wieder "Soldaten gegen Demokraten" eingesetzt werden, sowie dafür sorgen, dass keine Kriege von Deutschland mehr ausgehen. Und das schaffen wir - wir, die wir taktisch-strategisch richtig vorgehen müssen. Tobias Pflüger formulierte treffenderweise Anfang des Jahres, anlässlich des 90. Jahrestages der von Freikorps ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: "Dies - immer zuerst und zentral gegen die 'eigene' Regierung - ist ein grundlegender Ansatz, den es bei allen politischen Aktivitäten zu bedenken gilt."

Bedenken wir dies, so schaffen wir das!

Danke!

- Samstag, 7.2.2009 -

aus: <http://sicherheitskonferenz.de/German-ver.di-Siko-2009>

Bericht der „Frankfurter Rundschau“ über die Proteste gegen das Bundeswehr-Gelöbnis im Juli 2009 in München:

BUNDESWEHR IN MÜNCHEN

Politik - 30 | 7 | 2009

Das gestörte Gelöbnis



Ein Demonstrant schmuggelt sich zwischen die Rekruten.

Foto: Getty

Von Iris Hilberth

500 Rekruten legen in München öffentlich ihren Eid ab. Gegner kritisieren das als Werbung für den Krieg. Schon in der Nacht zuvor brennt ein Bundeswehrfahrzeug aus. Von Iris Hilberth

München. Überall Absperrgitter, überall Polizei. Auf dem Münchner Marienplatz, wo sonst in den Mittagsstunden Touristen dem Glockenspiel am Rathaus lauschen, sind Tribünen aufgebaut, geschmückt mit olivgrünen Tarnnetzen. Die abgestellten Fahrzeuge der Feldjäger kündigen schon seit Stunden an, dass die Bundeswehr sich in Münchens guter Stube zu versammeln gedenkt. 500 Rekruten legen hier ein öffentliches Gelöbnis ab, gesichert von 1300 Polizisten, gelobt von Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) und begleitet von Pfiffen und Protestrufen aus dem Publikum, die fordern:

"Bundeswehr raus aus Afghanistan."

Die Linke und die Gewerkschaft Verdi haben zu der Gegen-Demonstration aufgerufen. Die CSU kritisierte die Gewerkschaft dafür scharf. Einer der Demonstranten wird die feierliche Zeremonie später stören, durch die engen Reihen der Rekruten stürmen und rufen: "Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg." Die Polizei wird fünf Demonstranten festnehmen und 42 weiteren Platzverbot erteilen. Bereits in der Nacht ist in der bayrischen Landeshauptstadt ein Bundeswehrfahrzeug auf einem Parkplatz vollständig ausgebrannt. Die Polizei ist sich sicher: Es war Brandstiftung. Möglicherweise gehe der Anschlag auf das Konto von Gelöbnis-Gegnern. Konkrete Hinweise gebe es aber nicht.

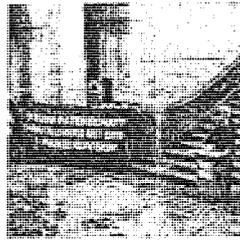
Am Mittag treffen sich die Gelöbnis-Gegner in der Fußgängerzone. Klaus Hahnzog ergreift das Wort. Der Verfassungsrichter war einst Bürgermeister der Stadt und SPD-Landtagsabgeordneter. "Gegen das öffentliche Gelöbnis auf dem Marienplatz habe ich große Bedenken", sagt er unter dem großen Transparent mit einem Zitat Kurt Tucholskys: "Jubel über militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg."

Während Hahnzog warnt, dass "das Gelöbnis mit seiner demonstrativen Darstellung in der Öffentlichkeit" auch darauf hinwirken werde, "den Boden für einen nicht akzeptablen Einsatz im Inland" der Bundeswehr zu bereiten, verteilen die Verdi-Leute Postkarten gegen öffentliche Gelöbnisse und bitten, sie an den Münchner Stadtrat zu schicken. Der hatte dem Gelöbnis zugestimmt.

Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) hat den Protest zuvor als sehr befremdlich bezeichnet: "Da feiern die Kirchen große Festtage, die Gewerkschaften den 1. Mai, die schwul-lesbische Szene den Christopher Street Day und alle erdenklichen politischen Parteien machen dort ihre Kundgebungen." Deshalb sei es absurd, dass man ausgerechnet der Bundesrepublik Deutschland das Recht abstreitet, dort eine Veranstaltung durchzuführen.

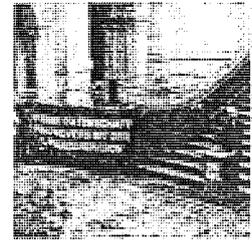
Allerdings war es vor diesen wohlwollenden Worten des OB auch zu einem Streit zwischen Ude und Generalmajor Gert Wessel gekommen. Denn der Bundeswehr-Befehlshaber wollte das Gelöbnis ursprünglich auf dem Odeons- oder dem Königsplatz veranstalten. Wegen ihrer Geschichte lehnte Stadtoberhaupt Ude diese beiden Orte allerdings ab. Auf dem Odeonsplatz war 1932 der Hitler-Putsch niedergeschlagen worden und die Nationalsozialisten nutzten beide Plätze immer wieder für ihre zahlreichen Aufmärsche.

Hedwig Krimmer, Organisatorin der Verdi Proteste findet aber auch den Marienplatz nicht geeignet. Gerne zitiert sie den Regisseur Michael Verhoeven, zugleich Hauptmann der Reserve und Mediziner, der gesagt hat: "Den Hippokratischen Eid schwören Medizinstudenten nicht auf dem Marienplatz, sondern in der Uni." Krimmer und ihre Mitstreiter sehen in der Veranstaltung vor allem den Versuch, die Bevölkerung wieder an öffentliche Auftritte des Militärs zu gewöhnen.



Flugblatt aus
der
interventionistischen
Linken

Ein Text
der
Roten Aktion Kornstraße



Heldengedenken am 1. Mai? Gewerkschaften im Visier der Inneren Mobilmachung

Reinhold Robbe, Wehrbeauftragter des Bundestages, hat schon seit längerem Kirchen, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften als Verbände ausgemacht, die in der Gesellschaft für Anerkennung der SoldatInnen im (Kriegs) Einsatz sorgen sollen.

Vor allem mit den Gewerkschaften hat Robbe Großes vor: Es spräche nichts dagegen, wenn beispielsweise auf den Kundgebungen am 1. Mai an die deutschen Soldaten in Afghanistan, auf dem Balkan, vor dem Libanon und am Horn von Afrika erinnert würde. Auch der gefallenen Soldaten könne am Tag der Arbeit gedacht werden.



Gewerkschaften im Zwiespalt

Spricht man GewerkschaftssekretärInnen von ver.di, IG Metall oder DGB darauf an, fallen die Antworten zunächst recht eindeutig aus. Etwas derartiges gebe die Beschlusslage nicht her. Die Position gegen den Krieg im Allgemeinen und den Krieg in Afghanistan im Konkreten sei eindeutig. Doch mit Beschlusslagen ist es so eine Sache. Als am 1. September 2009 der DGB den Antikriegstag nicht mehr allein, sondern in Kooperation mit der Stadt Hannover veranstaltete,

waren in Hannovers Rathaus nicht nur Transparente und Flugblattverteilen verboten. Bürgermeister Strauch begrüßte zumal zwei hohe Offiziere der 1. Panzerdivision, der Patenschaftsdivision der Stadt Hannover, als Kämpfer für den Frieden.

Widerspruch und Einmischung lohnt

Noch gibt es keine Gedenkminuten für gefallene SoldatInnen auf den 1. Mai-Kundgebungen, aber Veranstaltungen, wie die im Rathaus, sind in der Lage, die historisch gewachsene Distanz der Gewerkschaftsbewegung zum Militär aufzuweichen.

Doch Widerspruch lohnt sich. Auf der Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag kam es zu Protesten. Inzwischen macht der ver.di-Bezirksvorstand eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Stadt davon abhängig, dass in Zukunft SoldatInnen in Uniform nicht mehr teilnehmen.

Das ist ein kleiner Erfolg. Dass die Gewerkschaften sich in Zukunft der Instrumentalisierung durch Militär und Politik verweigern, ist allerdings nicht abgemacht. Eine klare Positionierung gegen Militär und Kriegseinsätze ist weiterhin notwendig. Was liegt da näher, als dass sich in Zukunft GewerkschafterInnen wieder stärker gegen Krieg und Militarismus engagieren; in den Gewerkschaften selbst, aber auch außerhalb. Das gilt gerade für Hannover, den Standort des Stabes der Eingreifdivision des deutschen Heeres, der 1. Panzerdivision.

Wenn am 07.08. 2010 diese Division zusammen mit 6000 geladenen Gästen aus Wirtschaft, Militär und Politik ihr Sommerbiwak feiern wollen, dann ist das die Gelegenheit für Protest und Widerstand.

Rote Aktion Kornstrasse: rak@ujz-korn.de

Deutscher Gewerkschaftsbund



05.06.2011

Offener Brief: Nein zur Bundeswehrwerbung auf dem Hessentag - Ja zu friedlichen Perspektiven für junge Menschen

Offener Brief der DGB-Jugend Hessen an die Veranstalterinnen des Hessentags

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Brum,
sehr geehrte Damen und Herren des Magistrats
der Stadt Oberursel,
sehr geehrter Herr Wolczak,



DGB-Jugend Hessen

die DGB-Jugend Hessen wendet sich an Sie, um auf die Folgen der Bundeswehrwerbung auf dem Hessentag aufmerksam zu machen. Wir machen uns dafür stark, dass es keine weitere Kooperation zwischen dem Hessentag und der Bundeswehr gibt.

Durch die Werbung der Bundeswehr sehen wir die Gefahr, dass die Akzeptanz militärischer und kriegerischer Interventionen im Ausland gesteigert, eine Militarisierung der Gesellschaft begünstigt, die Zukunft der Jugend aufs Spiel gesetzt und öffentliche Mittel in großem Umfang verschwendet werden. Bereits im Weißbuch der Bundesregierung von 2006 wird der systematische Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer internationalen Interventionsarmee beschrieben. Längst sind SoldatInnen in gefährlichen Gebieten weitaußerhalb der Landesgrenzen stationiert und in gewaltsame Auseinandersetzungen verwickelt. Nicht nur getötete, schwer traumatisierte und von Krankheiten betroffene SoldatInnen, sondern auch tausende zivile Opfer anderer Länder sind zwangsläufig die Folge.

Durch die massenwirksame Werbung auf dem werden militärische Auseinandersetzungen im Ausland in ein falsches Bild gerückt, beschönigt und verharmlost.

Die aktuelle Umstrukturierung zu einer Berufsarmee, die trotz Streitkräftereduzierung doppelt so viele Soldaten ins Ausland schicken soll, setzt eine weitere Militarisierung im Innern voraus. An über 40 deutschen Hochschulen werden wehr- und sicherheits-technische und wehrmedizinische Forschungen durchgeführt, und die Bundeswehr ist an zahlreichen zivilen Hochschulen in die Lehre eingebunden. Auf Berufsbildungsmessen und in Schulen wirbt sie offensiv und einseitig für den Dienst an der Waffe. Militärische und gewaltsame Maßnahmen werden auf diesem Wege zunehmend als legitime Möglichkeit zur Konfliktlösung begriffen.

Nach der vorläufigen Aussetzung der Wehrpflicht baut die Bundeswehr ihre Werbung umfangreich aus. Während 2009 12 Millionen Euro für Nachwuchswerbung ausgegeben wurden, erhöhte sich dieser Betrag auf 27 Millionen im Jahr 2010 - Tendenz steigend. Wir lehnen die Erhöhung des öffentlichen Etats für die Werbung der Bundeswehr als Steuerverschwendung ab.

Die DGB-Jugend Hessen steht für andere, friedliche Perspektive für junge Menschen. Wir kritisieren, dass die Bundeswehr die hoffnungslose Situation vieler Jugendlicher, die keine Ausbildung oder keinen Studienplatz bekommen, ausnutzt und sie mit teurer und nach Abenteuer klingender Werbung für sich gewinnen möchte.

Dass sich aktuell viel weniger Freiwillige für den Wehrdienst finden, zeigt eine generell sehr niedrige Akzeptanz des Militärs. Die meisten jungen Menschen wollen, wenn sie sich frei entscheiden können, offensichtlich nicht zum Dienst in der Bundeswehr ausgebildet werden, sondern schlagen andere Lebenswege ein. Die Bundeswehr wird zwangsläufig auch in ihrer öffentlichen Darstellung „aufrüsten“ und sucht zunehmend öffentliche und Massenveranstaltungen. Die Präsenz auf dem Hessentag liegt deswegen nahe. Das Motto des Hessentages „Leben. Qualität. Zukunft“ zeichnet für uns junge Menschen jedoch ein anderes Bild unseres Landes. Die Grundvoraussetzung für ein gutes Leben ist die Abwesenheit von Krieg. Die Lebensqualität in Hessen bemisst sich an dem Vorhandensein friedlicher Mittel zur politischen Gestaltung und Konfliktlösung.

Wir wollen eine friedliche Zukunft für junge Menschen mit freier Bildung, sozialer Gerechtigkeit und guten Lebens- und Arbeitsbedingungen jenseits von Gewalt, traumatischen Erfahrungen und Tod. Dieses Verständnis steht in offenem Widerspruch zu einer Beteiligung der Bundeswehr am Hessentag.

Aus den genannten Gründen fordern wir Sie auf, die Bundeswehr auszuladen und militärische Werbung auf dem Hessentag zu untersagen.

Mit freundlichen Grüßen,

Holger Kindler

(für den DGB-Landesjugendvorstand Hessen)

Quelle: <http://hessen-thueringen.dgb.de/themen/++co++112a5abe-8f5d-11e0-5069-00188b4dc...>

13. Juni / 18. Juni: Die Bundeswehr wirbt auf dem Hessentag

Wir werben dagegen!

Die Bundeswehr wird zu einer Armee im Einsatz umstrukturiert. Inzwischen ist es Alltag, dass deutsche Soldaten in Afghanistan, im Kongo, im Golf von Aden und anderswo Kriege führen.

Seit über zehn Jahren sind deutsche Soldaten im Ausland im Einsatz. Doch wenige junge Leute wollen Soldat werden ...

Deshalb nimmt die Bundeswehr an Messen und Veranstaltungen teil, schaltet Werbung in Zeitungen, Radio, Fernsehen. 2009 wurden 12 Mio Euro für Nachwuchswerbung ausgegeben, 2010 waren es bereits 27 Mio - Tendenz steigend. Ihr Ziel ist, Militäreinsätze und Soldatsein als etwas Normales, ja Erstrebenswertes zu etablieren, junge Leute für den Kriegsdienst zu motivieren und ältere dazu zu bringen, den Mund zu halten. Zu diesem Zweck schlossen Bundeswehr und hessisches Kultusministerium einen Kooperationsvertrag ab.

Widerstand gegen diese Politik regt sich in vielen Teilen der Gesellschaft, nicht zuletzt in den Gewerkschaften: »Die **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft** lehnt die Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab und verurteilt sie. Die GEW ruft zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf.« Beschluss des GEW-Hauptvorstands, 05./06. März 2010.

Ver.di Frankfurt + Region gegen Militarisierung »fördert, unterstützt und beteiligt sich an Aktionen, die sich gegen Werbeaktivitäten des Bundeswehr an Schulen und Berufsbildungsmessen u.ä. richten. Ver.di vertritt eine Grundhaltung, die sich gegen ein militaristisches Weltbild richtet.« Beschluss der Verdi-Bezirksdelegiertenkonferenz, November 2010.

Wir meinen, dass wir uns an das Eindringen des Militärischen in den Alltag nicht gewöhnen sollten.

Wir protestieren gegen die Bundeswehrwerbung auf dem Hessentag in Oberursel

Samstag, 18. Juni, 13:00 Uhr

(Treffpunkt vor dem Zelt der Landesausstellung - Haupteingang)

Aktionsbündnis »Bildung ohne Bundeswehr«: ver.di Fachbereich Bildung, Wissenschaft, Forschung Bezirk Frankfurt/Main und Region, attac Frankfurt-AG Globalisierung und Krieg, DIE LINKE Frankfurt, AG "Frieden und internationale Politik" in der LINKEN, DKP Frankfurt, Arbeitskreis gegen Revanchismus und Kriegstreiberei, Frankfurt.
Info und Kontakt: bildohnebund@gmail.com

ViSdP: ver.di Bezirksfachbereichsvorstand 5 - Bildung, Wissenschaft, Forschung, Wilh.-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt

Die Proteste gegen die Bundeswehr auf dem Hessentag 2011 im Spiegel der bürgerlichen Presse:



Protest gegen die Präsenz der Bundeswehr auf dem Hessentag.

Von Klaus Nissen

„Kein Werben fürs Sterben“: Hundert Demonstranten protestieren gegen die Waffen-Schau und die Nachwuchswerbung der Bundeswehr beim Hessentag.

Die Polizei war wachsam. Schon vor Beginn der Kundgebung beschlagnahmte sie am Samstagmittag ein handgemaltes Plakat. Darauf wurde Oberst Klein als „Mörder von Kunduz“ titulierte. Der Plakatbesitzer, ein alter Mann, musste zur Personalien-Feststellung. Er ging nur widerstrebend mit: „Man muss doch seine Meinung sagen können!“

Mehr als 100.000 Menschen vergnügten sich am Wochenende auf dem Hessentag, weitere hundert demonstrierten gegen die Waffen-Schau und die Nachwuchswerbung der Bundeswehr auf ihrem 8000 Quadratmeter großen Gelände.

Nicht eine afghanische Frau werde mit Bombardierungen wie der von Kunduz befreit, hieß es auf den vor allem von Linken und Gewerkschafts-Aktivisten verteilten Flugblättern. Robert Kommaus aus Oberursel stakte in Wehrmachtsjacke, mit dickem Kopfverband auf Stelzen im Zug mit. „Rüstet die Scheiß-Panzer um und baut Windkraftanlagen!“, rief Lutz Kunze aus Friedrichsdorf. Wütend konterte der CDU-Landtagsabgeordnete Holger Bellino vom Rande des Protestzugs: „Was für ein Dummschwätzer!“. Auch den CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe hatte das Demo-Plakat der DGB-Jugend aufgeregt. Unter dem Slogan „Kein Werben fürs Sterben“ zeigt es den Sarg eines getöteten Bundeswehrsoldaten. Das verletzte die Gefühle der Angehörigen, so Gröhe im CDU-Pressedienst.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/hessentag-2011/demo-gegen-bundeswehr-cdu-empoert-sich.4396692.8576644.html>

HESENTAG

Hessentag 2011 - 13 | 6 | 2011

Zwischenfall bei militärischem Appell



Feldjäger stellten sich den Demonstranten in den Weg.

Foto: dapd

Hunderttausende strömen zum Hessentag nach Oberursel. Eine kleine Gruppe Demonstranten sorgt derweil für einen Zwischenfall bei einem militärischen Appell. Feldjäger der Bundeswehr greifen ein. Danach tritt Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) auf.

Bei einem militärischen Appell auf dem Hessentag in Oberursel ist es am Montag zu einem Zwischenfall gekommen. Bei der Auszeichnung verdienter Angehöriger der Bundeswehr, der US-Streitkräfte, der Polizei und der Bundespolizei gelangte eine kleine Gruppe von Demonstranten auf das Gelände und störte die Zeremonie. Die etwa zehn Protestierenden wurden von Bundeswehrangehörigen gewaltsam von dem Areal entfernt, wie Augenzeugen berichteten.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/hessentag-2011/hessentag-zwischenfall-bei-militaerischem-appell-4396692.8552496.html>

Offener Brief von ver.di-Mitgliedern an Bsirske:

Vorbemerkung zum Offenen Brief:

Nicht nur die CDU, auch Bsirske verurteilte die Proteste gegen die Bundeswehr auf dem Hessentag im Juni 2011: **„Es ist für ver.di selbstverständlich, dass für den Eintritt in die Bundeswehr auch geworben wird.“** (ver.di Bund und Länder, Newsletter 02/2011)

Bsirskes Verteidigung der „Freiheit“ der Bundeswehrwerbung blieb nicht unwidersprochen. In einem „Offenen Brief“ werden die Bundeswehr-Einsätze in anderen Ländern abgelehnt, allerdings wird die Bundeswehr als solche nicht in Frage gestellt.

Offener Brief an Kollege Bsirske, die Kolleginnen und Kollegen des FB Bund, Länder.....

Stellungnahme zur öffentlichen Kritik durch Koll. Bsirske u. a. gegen die Beteiligung von Verdi Frankfurt am Protest gegen die Bundeswehrwerbung beim Hessentag 2011 in Oberursel durch den FB-Vorstand BiWiFo Frankfurt.

Die Bundeswehr wird aktuell zu einer Interventionsarmee umgebaut. Die Bundeswehr ist im Krieg in Afghanistan involviert.

Die Bundesregierung strebt an, mindestens gleichzeitig in zwei umfangreichen Kriegshandlungen und zudem auch in weiteren kleineren Spannungsfällen handlungsfähig zu werden. Was Krieg wirklich heißt und wie sich moderne Kriege auf die Zivilbevölkerung, aber auch auf Soldaten auswirkt, das zeigen die Werbeauftritte der Bundeswehr nicht. Ganz im Gegenteil. Zynisch wird dort für einen „Einsatz ohne Grenzen! – Zukunft Luftwaffe – Perspektiven für junge Leute“ geworben. Massaker wie in Kundus, wie es bereits als Folge des bei den US – Verbündeten von einem deutschen Oberst bestellten Einsatzes geschah – ist das dann der „volle Einsatz über und unter den Wolken“ – „der erfüllte Kindheitstraum“? So und ähnlich abgeschmackt wirbt die Bundeswehr für ihr todbringendes Handwerk unter Jugendlichen um Nachwuchs.

Wir lehnen dies entschieden ab und werden – völlig legitimiert durch unsere Verdi-Gremien- weiter gegen Werbeauftritte der Bundeswehr auch mit unserem Verdi-Logo aktiv. Wir wissen uns dabei auch in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Verdi-Bundeskongresses 2007.

In A 068 beschloss der Kongress:

„Stopp der weltweiten Bundeswehreinsätze! Abrüstung statt Sozialabbau!

Verdi fordert den Stopp der weltweiten Bundeswehreinsätze und den Einsatz der dafür vorgesehenen Gelder zur Aufrechterhaltung unseres Sozialstaates. Es sei denn, dieser Einsatz steht unter UNO-Mandat. Dazu trägt Ver.di aktiv zur Wiederbelebung bzw. Stärkung der Friedensbewegung bei und nutzt alle politischen Einflussmöglichkeiten, um der weltweiten Kriegspolitik entgegenzutreten.“

Dazu wurde als Arbeitsmaterial der A 069 verabschiedet. Er lautet:

„Entmilitarisierung aller!

Verdi fordert die Abschaffung der Bundeswehr und der Nato sowie eine Reform der EU und der UNO zu Gunsten demokratischer Entscheidungsprozesse und Gleichberechtigung.“

Auch zu Afghanistan – als Beispiel für einen Interventionskrieg- positioniert sich Verdi eindeutig:

A 070

„Afghanistan: Gegen Tornadoeinsatz, Rückzug der Bundeswehr, keine zivil-militärischen Einsätze

Verdi spricht sich gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan aus und fordert die Bundesregierung auf, alle deutschen Truppen unverzüglich zurückzuziehen und den deutschen Beitrag auf ausschließlich zivile Zwecke zu beschränken.“

Ganz in diesem Sinne brachten wir einen Antrag auch der Bezirksdelegiertenkonferenz Frankfurt u. Region ein, der mit überwältigender Mehrheit gegen die Werbeaktivitäten der Bundeswehr unter Jugendlichen und jungen Menschen Stellung bezieht. Wir sind uns schon heute ziemlich sicher, dass dieser Antrag beim Bundeskongress 2011 ebenfalls eine Mehrheit finden wird.

Aber auch wir können gut nachvollziehen, wenn Zivilbeschäftigte der Bundeswehr um ihre Arbeitsplätze beim Bund fürchten. Nicht Gegner von Interventionskriegen gefährden diese. Die Bundesregierung wird mit der Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee zahlreiche Bundeswehr-Standorte und -Arbeitsplätze vernichten. Kostspielige und immer teurere Kriegseinsätze sichern eben nicht Arbeitsplätze. Die Propaganda für Kriege ist falsch und verlogen.

Gerne greifen wir die Anregung auf, den Dialog mit den „unmittelbar betroffenen Kolleginnen und Kollegen“ zu führen. In der Frage von Krieg und Frieden sollten aber die Sorgen um Arbeitsplätze nicht das Denken bestimmen. Das wäre mehr als makaber.

Auch wir wünschen unseren Kollegen und Kolleginnen bei der Bundeswehr und den Soldaten und Soldatinnen „sichere“ Arbeitsplätze. Das ist für uns ein Grund mehr, eine Beendigung der Kriegseinsätze und damit ihre Rückkehr in die Heimat zu wünschen. Schon allein unter dem Aspekt der „Arbeitssicherheit“ und des präventiven Arbeitsschutzes lehnen wir Auslandseinsätze und Interventionskriege ab.

Wir fordern, dass sich alle Vertreterinnen und Vertreter von Ver.di an die Beschlusslage unserer Gremien halten und Aktivitäten, die im Sinne unserer Beschlüsse entstehen, unterstützen statt diese zu torpedieren.

Protest gegen die Militarisierung von Schulen und Hochschulen:

Einführungsveranstaltung Bundeswehr raus aus (Hoch-)Schulen
Von der Schulbank zur Schlachtbank?
oder

Wem gehört der Schulhof?

Am 04. November 2010 wurde ein Kooperationsvertrag zwischen dem Kultusministerium Hessen und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr unterschrieben. Darin ist zu lesen, dass das Land Hessen der Bundeswehr gegenüber eine hohe Bereitschaft an den Tag legt, die sogenannten Jugendoffiziere einzubinden bei der Ausbildung von Referendaren und Referendarinnen und der Fortbildung von Lehrkräften. Dadurch wird der Standpunkt der Bundeswehr über die Lehrer in die Köpfe der Schüler verfrachtet, ohne dass den Schülern in der Klasse ein Typ mit seiner militärischer Kluff gegenübersteht. Ganz schön gewitzt. Aber das ist nicht alles. Unser, im Geschichtsunterricht so hoch gepriesene, „Sozialpolitiker“ Reichskanzler Bismarck sagte: „In erster Linie wird die Schule durch die Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterland die Grundlage für die gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben.“ Heutzutage sorgt für „die Pflege der Gottesfurcht“ u.a. das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933, das zwischen dem Heiligen Stuhl und dem noch größeren Stuhlgang, dem Hitlerfaschismus, geschlossen wurde. Und für die Liebe zum Vaterland sollen jetzt wohl die Jugendoffiziere in den Schulen sorgen. Das ist die Sorte von Mensch, die sich vom ehemaligen Amt für psychologische Kriegsführung ausbilden lässt, seine Kleidung und seine Kohle von der Bundeswehr kassiert, und ruhigen Gewissens, ohne eine Miene zu verziehen, der ganzen Welt in die Augen lügt, er sei neutral. Solche Leute setzt man der Jugend Deutschlands in die Klassenzimmer. Zahlt die Bundeswehr dafür Unsummen an Kohle aus Jux und Tollerei oder wollen sie als Dividende bzw. Gewinn für diese Investition sich eine Jugend erziehen, die „kv“ ist, also kriegsverwendungsfähig. In letzter Zeit aber wehrt man sich in Hessen. Mal ist im Mai diesen Jahres zu lesen: **„Jugendoffizier vergrault - Eine Schulkasse in Frankfurt am Main konnte den Gastreferenten der Bundeswehr mit kritischen Fragen zum Rückzug bewegen“**.

Einen Monat vorher war in der Frankfurter Rundschau zu lesen:

„Schule in Offenbach - Soldaten müssen draußen bleiben“.

Was war geschehen? In der Gesamtkonferenz der Lehrerinnen und Lehrer der Käthe-Kollwitz-Schule ist Folgendes beschlossen worden:

„Die Gesamtkonferenz lehnt die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr ab und will keine Jugendoffiziere an der Käthe-Kollwitz-Schule haben.“

Am folgenden Tag übernahm die Schulkonferenz (in der Schulkonferenz sind Lehrkräfte, Schülerschaft und Eltern vertreten, sowie Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit beratender Stimme) den Beschluss und fügt diese Begründung hier hinzu: Die Schulkonferenz beschließt, den Antrag der Gesamtkonferenz vom 23.3.2011 gegen die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr zu unterstützen: **„Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee mehr, wie vom Grundgesetz vorgesehen. Sie ist eine Armee im Einsatz und dient den Interessen der Wirtschaft... Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden. Und wir wollen auch nicht, dass sich die Bundeswehr als friedensschaffende Kraft anpreisen kann. Deshalb lehnen wir es ab, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr an die Käthe-Kollwitz-Schule kommen und stellen uns damit einer immer stärkeren Militarisierung der Gesellschaft entgegen.“**

Die Begründung allein lässt es nicht anders zu, als dass die Jugend in Deutschland endlich anfangen muss sich organisiert zu wehren, Hand in Hand mit anderen, die es betrifft: Eltern und Lehrer, Mitglieder von Hilfsorganisationen und Erwerbslose, Arbeiter und Angestellte, Studenten und Auszubildenden. Nächste Woche Freitag soll in Frankfurt ein Jugendbündnis entstehen, so dass wir organisiert und mit geballter Faust der Bundeswehr entgegenreten können. Nach dem alten Credo von Ernst Thälmann:

„Einen Finger bricht man, fünf Finger sind eine Faust!“

Um inhaltlich einigermaßen auf einen Stand zu kommen, machen wir am Freitag dem 25. November um 18 Uhr im DGB-Jugendclub eine Einführungsveranstaltung zu diesem Thema und wollen uns danach mit Vertretern von Organisationen und Einzelpersonen zusammensetzen, um die ersten Schritte für die Entstehung des Bündnisses zu gehen.

Bei der Veranstaltung werden wir mit einem Lehrer der Käthe-Kollwitz-Schule darüber diskutieren, warum sie solch eine Erklärung verabschiedet haben und erfahren wie es überhaupt dazu kam. Zudem kommt noch ein Vertreter des ak Zivilklausel an der Uni Frankfurt und erzählt uns einiges über den Kampf der Studenten gegen Bundeswehr und Kriegsforschung/ -lehre sowie über die Umwandlung der Bundeswehr seit 1990 in eine „Armee im Einsatz“. Eine Schülerin aus Offenbach wird noch aus ihrer Perspektive über die Militarisierung der Schulen berichten.

Kommt alle am 25. November um 18 Uhr in den DGB-Jugendclub U68 an der Wilhelm-Leuschner Straße 66-69 (Eingang Mainuferseite).

Einladet sind Vertreter von Linksjugend[solid], ver.di-Jugend Hessen, Freie Deutsche Jugend Gruppe Frankfurt und Stadtschülerrat Frankfurt.

Auseinandersetzungen in der GEW über die Bundeswehr in den Schulen:

Innerhalb der GEW gibt es in den letzten Jahren verschiedene Protestinitiativen gegen das Vordringen der Bundeswehr in Schulen und Hochschulen. Dies ist auch ein Schwerpunkt in der „Hessischen Lehrerzeitung“ der GEW Hessen (Nr. 1-2/2012). Allerdings wird in dieser GEW-Zeitschrift auch eine Seite einem Jugendoffizier der Bundeswehr eingeräumt. Darin macht dieser militaristische Werbung für die Bundeswehr. Das ist eine völlig unangebrachte „Ausgewogenheit“. Das wird in verschiedenen LeserInnenbriefen kritisiert, die wir nachfolgend dokumentieren.

HZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

65. Jahr Heft 1/2 Jan./Febr. 2012



17

HZ 1-2/2012

TITELTHEMA



Jugendoffizier in Hessen

Mein Besuch ist eine Ergänzung zum Unterricht

„Sicherheitspolitik – was geht uns das an?“ Dies ist häufig die Reaktion von Schülerinnen und Schülern, aber auch eines großen Teils der deutschen Öffentlichkeit, wenn sie mit Jugendoffizieren ins Gespräch kommen.

Die Information über deutsche Sicherheitspolitik ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der deutschlandweit 94 Jugendoffiziere des Bundesministeriums der Verteidigung. Sie dienen Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und der gesamten Öffentlichkeit als Ansprechpartner.

Die Jugendoffiziere bieten dabei eine breite Palette an Themen, so zum Beispiel Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert, vernetzte Sicherheit oder Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr. An Schulen referieren sie in einem Vortrag über sicherheitspolitische Themen, organisieren Planspiele mit sicherheitspolitischem Kontext und nehmen an Podiumsdiskussionen teil.

Im November 2010 unterzeichneten das hessische Kultusministerium und die Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung zur Arbeit der Jugendoffiziere an den Schulen. Hier ist festgehalten, dass das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gleichermaßen Friedensgebot wie Verteidigungsbefugnis beinhaltet. Hierzu trägt die Bundeswehr ganz wesentlich bei und sorgt im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit dafür, ihren verfassungsrechtlichen Pflichten der Bürgerinformation nachzukommen.

Jugendoffiziere betreiben keine Nachwuchswerbung

Jugendoffiziere betreiben bei ihren Veranstaltungen mit Jugendlichen keine Nachwuchswerbung. Sie vermitteln die Position der Bundesregierung zu friedens- und sicherheitspolitischen Grundsatzzfragen und die hiermit verbundenen Beschlüsse des Deutschen Bundestages.

Das Grundgesetz nimmt hierbei die zentrale Rolle ein. Die pluralistische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland fußt auf dem gemeinsamen Grundkonsens des Grundgesetzes. Das Grundgesetz schafft also einen Grundwertekanon, an den jeder Bürger in Deutschland gebunden ist. Dies bedeutet, dass Grundwerte wie Freiheit und Demokratie, Toleranz, Achtung vor der Würde des Einzelnen, Respekt vor anderen Überzeugungen, friedliche Gesinnung im Geiste der Völkerverständigung sowie viele andere als gesamtgesellschaftlich akzeptiert sind.

Jugendoffiziere treten in Uniform, als offizielle Vertreter der Exekutive auf und nicht etwa als Vertreter einer politischen Partei. Sie geben nicht die Meinung einer politischen Richtung wieder. Bei ihren Veranstaltungen finden sie sich häufig sogar in der Situation wieder, eine ganze Reihe von sicherheitspolitischen Entscheidungen aktueller und vergangener Bundesregierungen zu erörtern. Hierbei sind die politischen Entscheidungen demokratisch legitimiert und orientieren sich am normativen Kern des Grundgesetzes. Dies ist zwingende Voraussetzung im Rahmen des gesellschaftlichen Minimalkonsenses und zugleich Grundbedingung für analytisch-kritische Urteile der gelebten Politik.

Die Jugendoffiziere kommen auf Einladung der entsprechenden Lehrer und halten im Rahmen des Unterrichts Vorträge zu vorher vereinbarten Themen. Hierbei ist der Besuch der Jugendoffiziere eine Ergänzung zum Unterricht. Die Vorträge der Jugendoffiziere sollen den Schülern als Hilfestellung zur kritischen Meinungsbildung dienen. Sie tragen auch häufig mit ihren privaten Meinungen zur Kontroversität der Themen bei. Dies wird insbesondere ergänzt durch die Aufforderung an die Schüler in eine Diskussion einzutreten, so dass die Themen möglichst facettenreich besprochen werden können.

Vorträge und Planspiele

Begleitet werden die Vorträge der Jugendoffiziere grundsätzlich durch die einladenden Lehrer, die in den folgenden Unterrichtsrunden nochmals Vortrag und Inhalt besprechen.

Ein weiterer Baustein zur Erlangung der eigenen Urteilsfindung bildet hierbei das Planspiel „Politik und internationale Sicherheit (POLIS)“. Hier nehmen die Mitspieler verschiedene Staatsfunktionen bestimmter Regionen auf der Welt wahr und haben die Möglichkeit, ihre eigene Welt völlig frei nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Die Spieler stellen immer dann an die Grenzen ihrer Freiheiten, wo die Freiheit anderer Mitspieler berührt wird. So lernen die Teilnehmer mit anderen Regionen zu kooperieren und im Fall von Meinungsverschiedenheiten Lösungen zu finden. Es geht hier nicht um militärische Gewalt zu legitimieren. Vielmehr ist es de facto so, dass die Mehrzahl der Jugendoffiziere bei dem Einsatz militärischer Gewalt das Planspiel unterbricht. Die Unterbrechung wird genutzt, um gezielt auf die Folgen des Handelns aufmerksam zu machen und die Schüler auf weitere Möglichkeiten der Problemlösung hinzuweisen.

Ziel der Simulation soll es sein, den Teilnehmern zu verdeutlichen, wie es zu innerstaatlichen beziehungsweise internationalen Konflikten kommen kann und wie mögliche Lösungen aussehen können. Außerdem stellen die Jugendlichen fest, dass Entscheidungen, die sie in ihrer Region treffen, auf andere Regionen Auswirkungen haben können – also ihre Entscheidungen unterschiedlichste Interessen berücksichtigen müssen. Die Mitspieler sollen dazu befähigt werden, kritisch darüber zu urteilen, ob es nicht etwa möglich ist, durch gemeinsame Kooperation bessere Lösungen zu erarbeiten.

Jugendoffiziere verstehen sich und ihre Angebote als Ergänzung zum Unterricht und als Teil einer Palette von Angeboten zur freien und vor allem kritischen Meinungsbildung von Jugendlichen und der gesamten Öffentlichkeit.

Dennis Knöll, Oberleutnant zur See, Jugendoffizier in Wezlar

Kontakt: Spillburgstr. 6, 35578 Wezlar, Tel. 0641-569325-27/28, Fax: 0641-5693-2526, E-Mail: JugendoffizierWezlar@bundeswehr.org

Das Bundesland Hessen wird von sechs Jugendoffizieren in Frielitz, Wezlar, Frankfurt am Main und Mainz betreut. Alle Infos und Adressen: www.hessen.jugendoffizier.eu

TITELTHEMA
Bundeswehr in Schulen
und Hochschulen

Betr.: HLZ 1-2/2012 Bundeswehr in der Schule

Kein Verständnis

Wir sind entsetzt darüber, in der HLZ den Artikel eines Jugendoffiziers der Bundeswehr zu finden. Unser Kollegium lehnt die Kooperationsvereinbarung des Landes Hessen mit der Bundeswehr ab und setzt sich dafür ein, Jugendoffizieren den Zugang zu unserer Schule zu verweigern. Und dann kommt ausgerechnet in der Zeitung unserer Gewerkschaft ein Jugendoffizier der Bundeswehr zu Wort. Was wir an unserer Schule verhindern wollen, nämlich dass sich die Bundeswehr als friedensschaffende Kraft anpreisen kann, das ermöglicht ihr die HLZ. Wir haben dafür keinerlei Verständnis.

Und die Titelseite der HLZ mit Kindern, die auf einem Panzer spielen, könnte auch die Titelseite eines Bundeswehr-Magazins sein.

„Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden“ – so begründet unsere Schulkonferenz ihren Beschluss. Von der GEW erwarten wir, dass sie in Wort und Tat klar Stellung gegen Krieg und Militarismus bezieht.

32 Kolleginnen und Kollegen der Käthe-Kollwitz-Schule Offenbach

Kein Forum für Jugendoffiziere

Wir begrüßen, dass die HLZ 1-2/2012 dem Schwerpunkt Antimilitarismus gewidmet ist. Die Auseinandersetzung mit dem deutschen Militarismus ist gerade heute besonders wichtig. Die Bundeswehr wird zu einer weltweit eingesetzten Interventionsarmee umstrukturiert. Sie beteiligt sich an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen wie im Kosovo. Erklärtes Ziel ist es, durch den „Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum“ der deutschen Wirtschaft weltweit „den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen“, wie es in den jüngsten Verteidigungspolitischen Richtlinien festgehalten wurde. Um speziell die Jugendlichen für diese Politik zu gewinnen und gleichzeitig genug Nachwuchs für ihr todsicheres Handwerk zu rekrutieren, schickt die Bundeswehr ihr Korps der Jugendoffiziere in die Schulen und Hochschulen. Umso erstaunter und entsetzter sind wir daher darüber, dass in der HLZ eben diesen Jugendoffizieren ein Forum ge-

boten wird, um in einem ganzseitigen Interview ihre Ideologie zu verbreiten und die Bundeswehr als Friedensarmee zu präsentieren. Auf der letzten Landesdelegiertenkonferenz wurde ohne Gegenstimme der Antrag „Keine Militarisierung von Schulen und Hochschulen“ beschlossen. Darin heißt es unmissverständlich: „Wir protestieren gegen die verstärkte Einbeziehung von Jugendoffizieren im Schulunterricht, zur Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie zur Fortbildung von Lehrkräften.“ Was für die Schulen und Hochschulen gilt, muss erst recht für die Gewerkschaftsmedien und unsere gewerkschaftliche Bildungsarbeit gelten!

Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) und Junge GEW Hessen

Kooperationsabkommen kündigen

Auf immerhin 13 Seiten findet man Beiträge zum Titelthema „Bundeswehr in Schulen und Hochschulen“. Die Bedeutsamkeit der Thematik ist in GEW-Kreisen also erkannt worden. Ein ausdrückliches Lob dafür! (...)

Aber wie ist das Titelfoto mit den auf einem Panzer spielenden Kindern zu deuten? Sensibilisiert es die KollegInnen gegen oder vielleicht doch mehr für die Nähe der Schülerinnen und Schüler zum Militär? Man hätte zumindest gewünscht, dass seitens der GEW eine Ablehnung solcher Rattenfängermethoden der Bundeswehr optisch sichtbar präsentiert worden wäre.

Völlig unverständlich ist es, dass einem „Jugendoffizier in Hessen“ in der Publikation einer Gewerkschaft Raum gegeben wird, seine abstrusen Vorstellungen von „Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert“ darzustellen. (...)

Wolfgang Buff und Helmut Stein kann man zwar gute Absichten unterstellen, jedoch dürfen ihre Forderungen nach einem zusätzlichen Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerium und Friedensnetzwerk nicht die Forderungen unserer Gewerkschaft sein. Die GEW sollte sich nicht dahin drängen lassen, mit der gleichzeitigen Präsenz von Bundeswehr und Vertretern der Friedensinitiativen für „die notwendige politische Ausgewogenheit“ einzutreten. Das Ziel der GEW muss es vielmehr sein, die Kündigung des Kooperationsabkommens zu erreichen.

Gerhard Kern, Hofheim

Betr.: HLZ 1-2/2012 Bundeswehr in der Schule

Gewerkschaften im DGB

Die HLZ hat ein äußerst wichtiges Thema aufgegriffen und in vielen Facetten vorgestellt, hilfreich für eine hoffentlich gelingende Erziehung zum Frieden.

Ergänzend möchte ich auf einen Aspekt hinweisen, der die Position anderer DGB-Gewerkschaften betrifft, mit denen unsere GEW oft an einem Tisch sitzt. So ist zum Beispiel für die IG Metall „der Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeit im Marineschiffbau (...) von nationaler Bedeutung“. Weiter heißt es in ihrem Gutachten zu „Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext“ wörtlich:

„Das neue sicherheitspolitische Umfeld des 21. Jahrhunderts wird bestimmt von dem Konzept weltweit mobiler Streitkräfte, die flexibel an wechselnden Schauplätzen für militärische Einsätze zur Verfügung stehen. In der Praxis haben alle drei Teilstreitkräfte der Bundeswehr – Luftwaffe, Heer, Marine – Einsatzaufgaben übernommen, die in Kooperation im NATO-Bündnis, im Rahmen der gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik oder in UN-Missionen durchgeführt werden.“ (www.igmetall.de)

Was tut hier unser Partner im DGB anderes als das neue „Out-of-Area“-Konzept der Bundesregierung einfach hinzunehmen und damit zu argumentieren? Was hat das mit den Friedensbekundungen zu tun, die ritualhaft von Gewerkschaften zum Beispiel am Antikriegstag vorgebracht werden?

Unsere Partnergewerkschaft ver.di bekennt sich in einem Flugblatt ihrer Bundesfachgruppe Bundeswehr von 2009 „zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr“. Angesichts der „internationalen Verpflichtungen der Bundeswehr“ sei „über die politischen Konsequenzen einer Neuausrichtung zu diskutieren“. Zusammen mit „Mitgliedern und zahlreichen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen“ engagiere sich ver.di „für eine leistungsstarke Bundeswehr, die bei den Bürgerinnen und Bürgern einen hohen Stellenwert einnimmt“. (<http://bund-laeender.verdi.de>)

Solange es die dargestellten Widersprüche gibt, ist für die GEW im DGB und für gewerkschaftlich organisierte Kolleginnen und Kollegen nicht nur im Schulbereich viel zu tun.

Jürgen Scherer, Alsbach-Hähnlein

Deutsche Systemführerschaft 08.09.2011

BERLIN/FRANKFURT AM MAIN (Eigener Bericht) - Die Industriegewerkschaft Metall bekennt sich zum Umbau der Bundeswehr zur global operierenden Interventions- und Besatzungsarmee und fordert eine drastische Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte. Das "neue sicherheitspolitische Umfeld des 21. Jahrhunderts" sei bestimmt von dem "Konzept weltweit mobiler Streitkräfte, die flexibel an wechselnden Schauplätzen für militärische Einsätze zur Verfügung stehen", erklärt der IG Metall-Vorstand in einer aktuellen Studie über den "militärischen Schiffbau". Die Autoren sprechen sich nicht nur dafür aus, die "Einsatzfähigkeit" der Kriegsmarine gegen die "Bedrohung des freien Warenverkehrs" rüstungspolitisch sicherzustellen; sie fordern ebenso, die "Exportfähigkeit" deutscher Waffen zu gewährleisten. Den Gewerkschaftern zufolge zielen die "Hoffnungen in der Branche" auf "Wachstumsmärkte außerhalb Europas"; verwiesen wird auf die von "einigen Schwellenländern" geplanten "milliardenschweren Beschaffungen". Um bei diesem "Rennen" zum Zuge zu kommen, müssten die "wehrtechnischen Kernfähigkeiten" der deutschen Wirtschaft ausgebaut und vertieft werden, heißt es: Es gelte, die "Entwicklung neuer Produkte für neue Märkte zu beschleunigen".

Weltweit mobile Streitkräfte

Wie der Vorstand der IG Metall und sein "Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze" in einer aktuellen Studie erklären, stehe die Bundeswehr "vor der Aufgabe, zunehmend neue internationale Aufgaben zu übernehmen, die veränderte militärische Fähigkeiten und neue Ausrüstung erfordern". Die Publikation trägt den Titel "Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext"; ihre Autoren gehen übereinstimmend davon aus, dass das "neue sicherheitspolitische Umfeld des 21. Jahrhunderts" bestimmt ist "von dem Konzept weltweit mobiler Streitkräfte, die flexibel an wechselnden Schauplätzen für militärische Einsätze zur Verfügung stehen". Exemplarisch wird in diesem Zusammenhang auf eine "neue Herausforderung" verwiesen - "die zunehmende Bedrohung des freien Warenverkehrs zu See durch Piraterie und Terrorismus" etwa am Horn von Afrika und im Golf von Aden.[1]

Rüstungsexportmärkte

Damit einhergehend äußern die Autoren die Befürchtung, die angemahnte Umrüstung des deutschen Militärs zur global agierenden Interventions- und Besatzungsarmee könne wegen der aktuellen Finanzkrise auf der Strecke bleiben. Die "Transformation der Bundeswehr" falle in eine "Phase öffentlicher Sparpolitik"; dies führe dazu, dass das "nationale Beschaffungsvolumen" nicht ausreiche, "um vorhandene Entwicklungs- und Produktionskapazitäten wirklich auszulasten", heißt es. Gerade im Marineschiffbau könne eine wirkliche Kapazitätsauslastung daher "nur über Exporte erfolgen", ist der Publikation der IG Metall zu entnehmen; militärische Aufträge hätten insbesondere für die deutschen Werften "eine klar stabilisierende Funktion". Da jedoch die europäischen Exportmärkte "hart umkämpft" seien, richteten sich die "Hoffnungen in der Branche" auf "Wachstumsmärkte außerhalb Europas", erklären die Autoren - und verweisen auf von sogenannten Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien geplante "milliardenschwere Beschaffungen". Im Rahmen der "Entwicklung neuer Produkte für neue Märkte" werde die Konkurrenz jedoch nicht abnehmen, wissen die Gewerkschafter: "Bei diesem Rennen werden längst nicht alle europäischen Anbieter zum Zuge kommen

können."[2]

EADS der Meere

Um nun einerseits die für den Bau von Kriegsschiffen aller Art notwendigen "wehrtechnischen Kernfähigkeit(en)" mit "nationaler Bedeutung" zu erhalten und andererseits auf dem internationalen Waffenmarkt zu reüssieren, favorisiert die IG Metall in ihrer Studie eine "europäische Lösung". Auf der Grundlage einer EU-weiten "Definition der militärischen Anforderungen" seien die "Ergänzungs- und Ersatzbedarfe" der jeweiligen nationalen Kriegsmarinen festzulegen und in "europäische Beschaffungsprogramme" zu überführen, heißt es. Das Ziel bestehe dabei in der Errichtung einer "gemeinsamen Basis der Rüstungsindustrie als Element der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik". Konkret werden hierunter "übergreifende Kooperationen" der wirtschaftlich stärksten und technologisch fortgeschrittensten Waffenschmieden verstanden - etwa in Form der Herausbildung einer "EADS der Meere".[3]

Nationale Interessen

Die in der Studie zum "militärischen Schiffbau" dargelegten Auffassungen entsprechen offenbar einer längerfristigen strategischen Orientierung der IG Metall. Bereits 2005 forderte der beim Vorstand der Gewerkschaft angesiedelte "Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze" in einer "Erklärung zur Lage des Marineschiffbaus" die "Schaffung eines europäischen Werftenverbundes". Voraussetzung für die Implementierung einer solchen "maritimen EADS" sei allerdings die "grundlegende Stärkung der Systemführerschaft in Deutschland", hieß es: "Gefordert ist (...) ein starker nationaler Industrie- und Forschungsverbund, der genügend Potential hat, um die verschiedensten internationalen Allianzen zu schließen und dabei eine führende Rolle zu spielen." Um die "entscheidende(n) Kernkompetenzen der deutschen Wehrtechnik" zu erhalten und weiterzuentwickeln, verlangten die Gewerkschafter von der Bundesregierung die "entschlossene Durchsetzung der nationalen und strategischen Interessen (...) auf allen Ebenen": "Anderenfalls wird Deutschland den Ambitionen der Konkurrenten nicht gewachsen sein."[4]

Die Kriegführung der Zukunft

Parallel dazu forderte Hartmut Kühle vom "Arbeitskreis Wehrtechnik und Arbeitsplätze" in einer von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung herausgegebenen Publikation eine deutliche Ausweitung der staatlichen Exportförderung für Rüstungsgüter: "Da der Staat der privaten Industrie heute kaum noch eine Bestandsgarantie geben kann, ist der Export zur Sicherung der erforderlichen Mindestkapazitäten umso notwendiger." Wer wie die Bundesrepublik "Weltordnungspolitik" betreiben wolle, tue zudem gut daran, nicht nur "militärische Fähigkeiten", sondern auch "rüstungstechnologische Kompetenzen" als "Grundlage für politischen Handlungsspielraum" zu verstehen: Es gelte, erklärte Kühle unter Berufung auf das "Zentrum für Transformation" der Bundeswehr [5], "sich auf die Kriegführung der Zukunft (zu) konzentrieren".[6]

[1], [2], [3] IG Metall Vorstand - Wirtschaft, Technologie, Umwelt: Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext. Frankfurt am Main, Dezember 2010

[4] Erklärung des "Arbeitskreises Wehrtechnik und Arbeitsplätze in der IG Metall" zur Lage des Marineschiffbaus in Deutschland, Emden 2005

[5] bis Juli 2004: "Zentrum für Analysen und Studien der Bundeswehr"

[6] Hartmut Kühle: Die Neustrukturierung des deutschen Rüstungsmarktes als industriepolitische Aufgabe. Düsseldorf 2005

info@german-foreign-policy.com

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58137/print?PHPSESSID=atdnruh5...>

Zwei diametral entgegen gesetzte „gewerkschaftliche Traditionen“:

Vorbemerkung:

Die nachfolgend dokumentierte Kritik an der Militärpropaganda der IG Metall verweist zu Recht darauf, dass es zwei entgegen gesetzte gewerkschaftliche Traditionen gibt: Eine militaristische und eine antimilitaristische. Allerdings halten wir es für mehr als verfehlt, an die Führung der IG Metall zu appellieren, sich auf die richtige, auf die antimilitaristische Tradition zu besinnen.

„Rüstungsexport schafft Arbeitsplätze“ - das kann nicht die Perspektive der IG Metall im Schiffbau sein!

An die (Berliner) Delegierten zum 22. Gewerkschaftstag der IG Metall

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist eine Frage des Selbstverständnisses unserer Gewerkschaft, ob sie Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie militärische Aufrüstung und Ausweitung der Rüstungsexporte mitträgt - oder sie ablehnt.

In der aktuellen öffentlichen Diskussion wird der IG Metall vorgeworfen, sie bekenne sich zum Umbau der Bundeswehr zur global operierenden Armee und fordere die Ausweitung von Rüstungsexporten. Wir haben die zitierten Publikationen der IG Metall, wie den Kurzreport des IG Metall-Vorstands „Perspektiven der deutschen militärischen Schiffsbaukapazitäten im europäischen Kontext“ (2010)¹, gelesen und darin in alarmierender Weise die vorgeworfene Positionierung bestätigt gefunden.

Entgegen den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung und unserer Mitglieder ist Deutschland nun schon seit Jahren kriegsführende Partei. Es gilt dagegen deutlich Widerspruch zu erheben statt die schleichende Anpassung zu praktizieren.

Darum erwarten wir auch von dem 22. IG Metall Gewerkschaftstag eine klare Positionierung gegen Krieg und für Abrüstung. Euer aktives Engagement ist gerade auf diesem Gewerkschaftstag vonnöten, da die Entschließung des Vorstands zum Thema allgemein und unverbindlich formuliert ist und auch sonst sich nur wenige Anträge mit dieser Frage beschäftigen.

Deshalb bitten wir Euch, Euch kritisch an der Debatte zu beteiligen und den Antrag 1033 aus Gevelsberg aktiv zu unterstützen!

Mit kollegialem Gruß

Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin

Farbe bekennen!

Wir müssen wissen, wo wir herkommen und entscheiden, wo wir hinwollen. Der Blick in die Geschichte zeigt, dass es immer zwei gewerkschaftliche Traditionen gegeben hat. Die eine unterstützte Krieg und Rüstung. Noch im 1. Weltkrieg hielt diese Richtung dem Kaiser die Treue, bis er dann das Weite suchte. Die Gegentradition wurde durch den internationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung begründet. Dafür stehen Namen wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Sie manifestierte sich im Schwur der Befreiten des Konzentrationslagers Buchenwald „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“.

Gerade in einer Zeit, in der sogar Sozialdemokraten und Grüne der Meinung sind, die ganze Welt könne ein potenzieller Einsatzort für deutsche Soldaten sein, sollte die IG Metall dieser Tradition verpflichtet sein. Die Inkaufnahme kriegerischer Lösungen zur Bewältigung gesellschaftlicher Konflikte hat immer Herrschaft zementiert und die Solidarität der Beherrschten aufs Spiel gesetzt. Dagegen gilt es deutlich Widerspruch zu erheben statt schleichende Anpassung zu praktizieren.

Wo steht die IG Metall? Wo steht der Vorstand? Diese Frage ist beantwortet:

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1992 hat es eine heftige Debatte gegeben um die Frage, ob die Bundeswehr in Zukunft weltweit eingesetzt werden darf. Die Mehrheit der Delegierten hat dies damals mit gutem Grund abgelehnt. Das ist auf den folgenden Gewerkschaftstagen nicht infrage gestellt worden. Die Delegierten des gerade zu Ende gegangenen Gewerkschaftstags von ver.di haben hier ebenso eine klare Position bezogen. In der Entschließung heißt es:

„ ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik ab. ver.di setzt sich dafür ein, dass die Bundeswehr ausschließlich der Landesverteidigung dient. ver.di fordert, dass die Bundesrepublik Deutschland den Export von Waffen durch eine gesetzliche Präzisierung stoppt und damit der Initiative der Friedensbewegung Aktion Aufschrei „Stoppt den Waffenhandel folgt“.

ver.di ruft ihre Mitglieder auf, sich an Friedensaktivitäten zu beteiligen. Dazu wird der Bundesvorstand von ver.di beauftragt, Friedensaktivitäten zu unterstützen und bei der Organisation von Protesten gegen Krieg vorzugehen.“

Der Vorstand der IG Metall sollte in Zukunft bei den von ihm zu verantwortenden Publikationen sorgfältiger darauf achten, dass diese Orientierung nicht in Zweifel gezogen werden kann.

Arbeits  Internationalismus

IG Metall VerwSt Berlin

netkey40.igmetall.de/homepages/vst_berlin_neu/

<http://www.labournet.de/igm-akint.berlin/>

Kampf gegen die Bundeswehr „kein Thema“?!

Sowohl GewerkschafterInnen als auch Antifas kümmern sich – sagen wir bewusst auch selbstkritisch – viel zu wenig um den Kampf gegen die Kriegspolitik der Bundeswehr und die Militarisierung der gesamten Gesellschaft. Dieser Kampf wird aber immer dringlicher:

- **In den letzten Jahren hat sich die deutsche Kriegspolitik dramatisch verschärft:** 1995 erster direkter Kriegseinsatz der Bundeswehr in Bosnien, Beteiligung der Bundeswehr an dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, Beteiligung am Angriffskrieg gegen Afghanistan 2001/2002, Bundeswehr als Besatzungsarmee v.a. in Kosovo/Kosova und Afghanistan, Aufbau von Militärstützpunkten in vielen Ländern; allein seit 1998 sind mehr als 100.000 deutsche SoldatInnen im „internationalen Einsatz“. Und jetzt die weitere Offensive: **Bundeswehr-Militäreinsatz im Kongo** und **Entsendung der Kriegsmarine ins östliche Mittelmeer**. Gleichzeitig wird der schon in den „Notstandsgesetzen“ verankerte Einsatz der Bundeswehr nach innen ebenfalls weiter forciert.
- **Weltweite Machtansprüche werden mit der Bundeswehr vorangetrieben und abgesichert**, ganz offiziell formuliert: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ als Aufgabe der Bundeswehr („Verteidigungspolitische Richtlinien“, 1992). „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“. Deutsche Wirtschafts- und Militärinteressen werden dabei immer unverblümter in Konkurrenz vor allem zu den USA durchgesetzt. Das zeigt aktuell die „Kongo-Offensive“ der EU (ohne und gegen die USA), die vom „Hauptquartier“ in Potsdam aus geleitet wird.

Es kann doch nicht angehen, dass der militärische Vormarsch der Bundeswehr und die forcierte Militarisierung erfolgen, ohne auf den massiven und militanten Protest und Widerstand seitens fortschrittlicher GewerkschafterInnen sowie auch Antifas zu stoßen.

Tagtäglich sind wir – deutlich zunehmend! - mit den militärischen Umtrieben der Bundeswehr konfrontiert. Nur ein paar Beispiele: Die Bundeswehr ködert in Schulen, bei den Arbeitsämtern, in Werbespots usw. immer massiver Jugendliche, Erwerbslose und von der Erwerbslosigkeit Bedrohte, stellt sich als „sozial helfendes Element“ und „kommender großer Arbeitgeber“ dar, verspricht „sichere und attraktive Arbeitsplätze“ bei der Bundeswehr! Zwischen der Bundeswehr und zahlreichen Unternehmen des deutschen Monopolkapitals besteht ein so genannter „Rahmenvertrag für strategische Partnerschaft“. Ebenso hat die Bundeswehr für jede ihrer 56 Lazarettgruppen vermeintlich zivile „Partnerkrankenhäuser“ vertraglich gebunden, dies nicht nur für „Friedenszeiten“, sondern gerade für Kriegseinsätze!

Ein kleines positives Beispiel

In Karlsruhe haben GewerkschafterInnen und verschiedene Initiativen zum öffentlichen Protest und Widerstand gegen die Militarisierung in den Krankenhäusern aufgerufen:

„Die Beschäftigten der Krankenhäuser sollen sich entschieden gegen ihre Verplanung für den Krieg zur Wehr setzen. Verlangen wir von unseren Verwaltungen Aufklärung über Verhandlungen mit der Bundeswehr. Informieren wir die Öffentlichkeit. Verhindern wir die Vernetzung mit dem Militär. So können wir etwas gegen den nächsten Krieg tun.“

(Quelle: www.medizin.uni-tuebingen.de/persrat/infos/infozeitung/01_00/was_will_buwe...)

Wir halten es für wichtig, solche Beispiele bekannt zu machen und bitten, uns Infos über andere Beispiele zuzuschicken!

Das alles zeigt doch:

Wenn GewerkschafterInnen und Antifas den antimilitaristischen Kampf – genau wie den Kampf gegen die Nazis und staatliche Faschisierung – nicht als ihre ureigenste Aufgabe ansehen, dann wird ihr gesamter Kampf langfristig scheitern bzw. verkehrt sich sogar ins Gegenteil. Dann landet man früher oder später nach dem Motto „wir sind das Volk“ in einer Front mit erzreaktionären Kräften, bei der Verteidigung so genannter „deutscher Interessen“ gegen die „ausländischen Heuschrecken“, d.h. bei der Unterstützung deutsch-imperialistischer Interessen, dann schwimmt und verschwindet letztendlich auch die Trennungslinie gegen die Nazis.

Für viele ist das Problem nur oder vor allem die Kriegspolitik der USA. Bundeswehr-Truppen in anderen Ländern? Deutsche Kriegspolitik? Fehlannonce! Kommt nicht vor oder wird verharmlost oder gar unterstützt!

Typisches Beispiel ist die „Erklärung des DGB zum Antikriegstag 1. September 2006“. Die DGB-Führung spricht sich darin „gegen den Krieg im Irak“ aus. Dieser ist bekanntlich im Wesentlichen ein Krieg der USA und Großbritanniens (auch wenn Deutschland daran unbestritten in einem gewissen Maß beteiligt ist). Kein Wort wird verloren über die Bundeswehr als Besatzungs- und Kriegsarmee in Afghanistan und Kosovo/Kosova, über die Militär-Intervention im Kongo usw. Mehr noch, die DGB-Führung fordert gar die EU auf, beim israelisch-libanesischen Krieg „ihr gesamtes politisches Gewicht einzubringen“. (DGB-Pressemitteilung 105 vom 23.08.2006, abgedruckt bei: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/antikriegstag06.html>).

Aber auch in Kreisen, die sich als kritisch gegenüber der Gewerkschaftsführung verstehen, ist der Kampf gegen die Bundeswehr häufig „kein Thema“. Da wird mitunter verschwommen was gesagt „gegen Kriege, die nur den Interessen des Großkapitals dienen“, aber konkret zur Bundeswehr? Nichts! Und wenn man bei manchen mal näher nachfragt, dann kommen schnell Rechtfertigungs-Argumente wie „Aber die Bundeswehr führt in Afghanistan doch keinen echten Krieg wie die USA im Irak...“ usw. Verharmlosung und Inschutznahme herrschen vor.

Machen wir den Kampf gegen die Bundeswehr und gegen den deutschen Militarismus unbedingt zum Thema, in den Betrieben, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, in Erwerbslosen-Initiativen und in Antifa-Gruppen. Konkrete antimilitaristische Aufklärung und kämpferische Aktionen gegen die Bundeswehr sind dringend nötig. Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Der Mangel war uns schon irgendwie bewusst, dass wir in unseren bisherigen Flugblättern selbst bisher noch nicht auf den Kampf gegen die Bundeswehr eingegangen sind.

Ein Fehler war allerdings, dass wir in unserer Kritik am Plattformentwurf der Gewerkschaftslinken (siehe unser Flugblatt Nr. 10, September 2005 „Unser grundlegender Einwand gegen den Entwurf einer Plattform der Gewerkschaftslinken“) die Bundeswehr nicht zum Thema gemacht haben. Hier besteht eindeutig noch Nachhol- und Diskussionsbedarf.

★

Kontakt: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Infoladen Bremen, St. Pauli-Str. 10-12. 28203 Bremen, oder email: gewantifa@yahoo.de

Unsere bisherigen Flugblätter sind auch nachzulesen im Internet unter:
www.labournet.de/diskussion/rechten/gewantifa.html